



Wirtschaftspolitische Informationen

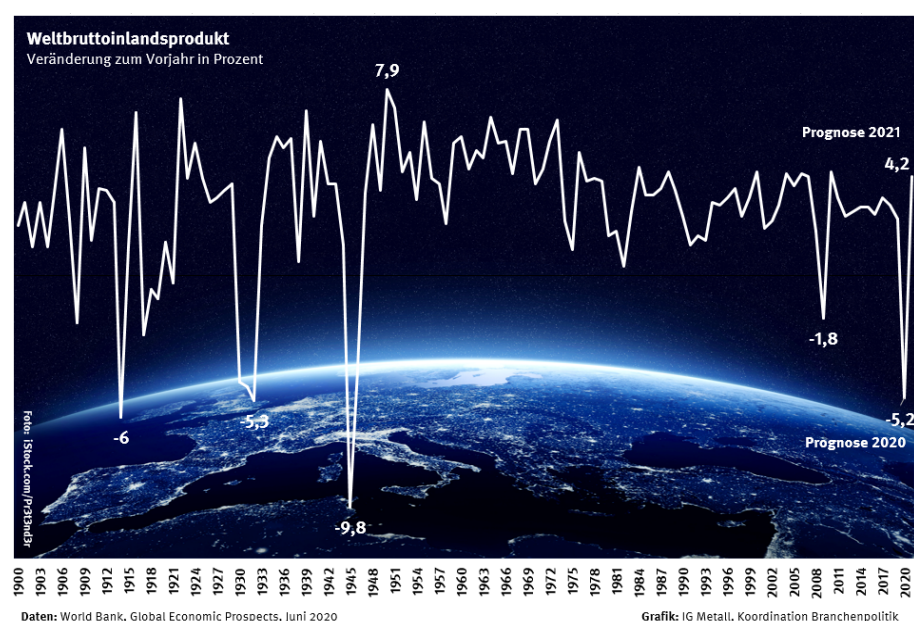
Die Jahrhundertkrise?

Eine Zäsur für Wirtschaft und Politik

Die Corona-Krise ist einzigartig: Erstmals wurde die Weltwirtschaft von den Regierungen in die Rezession versetzt. Zur Bekämpfung der Pandemie gab es keine Alternative. Die Folgen sind dramatisch. Wir befinden uns in der heftigsten Krise seit der ‚Großen Depression‘ (1929-1939). Mit Schutzschirmen und Konjunkturprogrammen versuchen die Regierungen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Schon jetzt ist die Lehre aus der Krise: Nur ein starker Staat kann sie bewältigen. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, soziale Sicherung und gute Arbeit sind dafür entscheidend.

Im Gegensatz zur Finanzkrise sind alle Wirtschaftsregionen und -sektoren betroffen. Unterschiedlich wirkt sich die Krise aber in den Ländern aus. Südeuropäische Länder, die schon unter der Finanzkrise litten, erfahren die kräftigsten Einbrüche. Die Arbeitslosigkeit steigt. Aufgrund der schlechteren Ausgangslage ist die Handlungsfähigkeit dieser Länder eingeschränkt. Europa driftet auseinander. Europäische Solidarität ist gefordert.

Die Verteilungskonflikte in Deutschland spitzen sich zu. Gesamtmetall versucht mit einem Belastungsmoratorium einen neoliberalen Rollback. Die Lohnkosten sollen gedrückt werden. Dabei zeigt die Erfahrung, dass wir weg müssen von prekärer, schlecht bezahlter Beschäftigung, hin zu vielen und gut bezahlten Arbeitsverhältnissen.



Kurz & bündig

Weltwirtschaft

Nach der Prognose des Internationalen Währungsfonds wird die Weltwirtschaft in diesem Jahr um 4,9 Prozent schrumpfen.

Vor allem die Industrieländer sind mit minus acht Prozent betroffen, während die Schwellen- und Entwicklungsländer nur drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung verlieren.

Europa

Die Corona-Krise spaltet Europa und verschärft die soziale Lage. Für Polen wird ein Minus von 4,3 Prozent des BIP erwartet, für Griechenland minus 9,7 Prozent. Die Arbeitslosigkeit in Griechenland wird auf knapp 20 Prozent ansteigen.

Deutschland

Der Tiefpunkt der Krise war in Deutschland im April erreicht. Auf das ganze Jahr bezogen wird ein Einbruch zwischen fünf und sieben Prozent erwartet. Der Arbeitsmarkt wird vor allem durch die Kurzarbeit entlastet.

Branchen

Die Produktion in der M+E-Industrie lag im Mai 2020 um 34,3 Prozent unter dem Vorjahreswert. Besonders stark von der Krise betroffen ist die Automobilindustrie.

Perspektiven

Die Prognosen erwarten für nächstes Jahr einen Aufschwung, sind aber mit hohen Unsicherheiten behaftet.

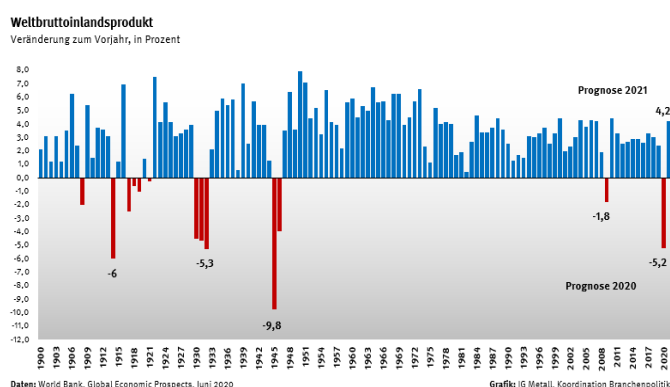
Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt



1. Globale Ökonomie stürzt in die Rezession

Die Corona-Krise ist ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte. Eine so umfassende und tiefe Rezession hat die Weltökonomie – mit Ausnahme der Kriegsjahre – seit der großen Depression in den Jahren zwischen 1929 und 1939 nicht mehr erlebt. Noch bleibt die Hoffnung, dass der Einbruch nicht so tief und vor allem nicht so lang anhaltend sein wird wie vor bald 100 Jahren. Die Weltbank rechnet mit einem Rückgang des globalen BIP um 5,2 Prozent in diesem Jahr. **Politisch verordnete Ausgangssperren und Betriebsschließungen**, um die weitere Ausbreitung des Virus zu bremsen, führten unweigerlich zum Absturz der Wirtschaftsleistung. Dort, wo es keine verordneten Betriebsschließungen gab, verursachten unterbrochene Lieferketten Versorgungsengpässe und erzwangen den Shutdown.



Die Verunsicherung ist groß. Frühere Pandemien geben nur wenig Hinweise und Erfahrungswerte zur Prognose des Verlaufs, zur Bewältigung einer solch globalen Gesundheitsgefährdung und zur richtig dosierten wirtschaftspolitischen Stabilisierung. Das führt zu Unsicherheiten nicht nur bei den Menschen und bei den Unternehmenslenkern, sondern auch bei den politischen Entscheidungsträgern, deren Handlungsfähigkeit massiv herausgefordert wird. Dazu kommt, dass zur wirklichen Problemlösung und zur Überwindung der Unsicherheit eben nicht die üblichen konjunkturstabilisierenden Werkzeuge zur Stimulierung der Nachfrage genügen, sondern angebotsseitige Störungen wie die Unterbrechung der Lieferketten behoben werden müssen. Vor allem muss ein Impfstoff entwickelt und in ausreichenden Mengen bereitgestellt werden. Nur, die Durststrecke bis dorthin ist lang. Mit angemessenen Maßnahmen muss es gelingen, pragmatisch den Weg aus der Krise zu ebnen: **Ein politischer Drahtseilakt!**

Die Fortsetzung eines kompletten Lockdowns auf unbestimmte Zeit verkräftet keine Ökonomie und vor allem keine Gesellschaft, denn dies würde eine soziale Katastrophe heraufbeschwören, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in seinen Grundfesten erschüttert. So bleibt nur, mit Abstandsregeln, Tests und Isolation der Infizierten ‚mit dem Virus leben zu lernen‘ und ‚auf Sicht zu fahren‘, um möglichst einen erneuten Schub zu verhindern. Damit einher geht eine massive Verunsicherung, die insbesondere die Nachfrage nach Investitions- und langlebigen

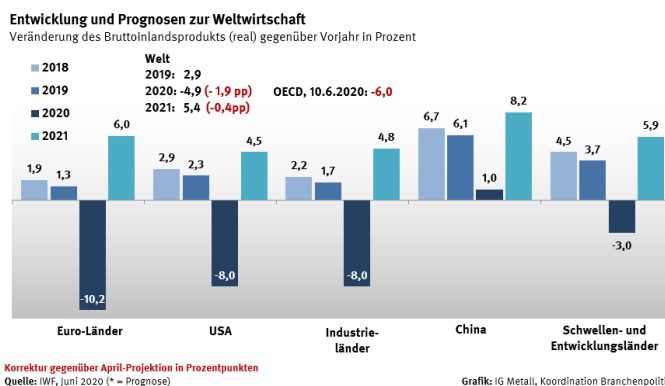
Konsumgütern bremst und letztlich den globalen Waren- und Dienstleistungsaustausch belastet, der ohnehin schon wegen (temporären) Grenzsicherungen ins Stocken geraten ist. **Viele Betriebe werden trotz vielfältiger Unterstützung in Form von Kurzarbeit, Zuschüssen und Krediten nicht überleben, wenn die Geschäfte nicht in Gang kommen sollten und die liquiden Mittel aufgebraucht sind.** Der Weg zurück auf den alten Wachstumspfad wird vermutlich doch länger dauern als noch in den frühen Prognosen erwartet. Das Wohlstandsniveau wird einige Zeit hinter dem schon erreichten zurückbleiben.

„Wenn irgendetwas in den nächsten zwei Dekaden mehr als zehn Millionen Menschen töten wird, ist es eher ein hoch infektiöses Virus als ein Krieg. ... In ein System, das eine Epidemie aufhält, haben wir ... nur sehr wenig investiert.“

Bill Gates, TED-Talk, 3.4.2015

1.1 Globaler Wirtschaftseinbruch heftiger als 2009 – alle Wirtschaftsräume betroffen

Entsprechend der aktuellen Prognose des **Internationalen Währungsfonds** vom 24. Juni 2020 wird die Weltwirtschaftsleistung im Jahr 2020 etwa **4,9 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres** liegen, während in der Finanzkrise im Jahr 2009 das globale BIP kaum spürbar sank. Damit korrigierte der IWF seine Frühjahrsprognose um minus 1,9 Prozentpunkte, nachdem schon im Frühjahr gegenüber Oktober 2019 der Prognosewert um minus 6,9 Prozentpunkte gesenkt wurde. Fortgesetztes ‚Social Distancing‘ in der zweiten Jahreshälfte, deutlichere Reduktion der Aktivitäten während des Lockdowns im ersten und zweiten Quartal und ein Produktivitätsrückgang aufgrund notwendiger Sicherheits- und Hygienemaßnahmen an den Arbeitsplätzen erklären die Prognosekorrekturen.

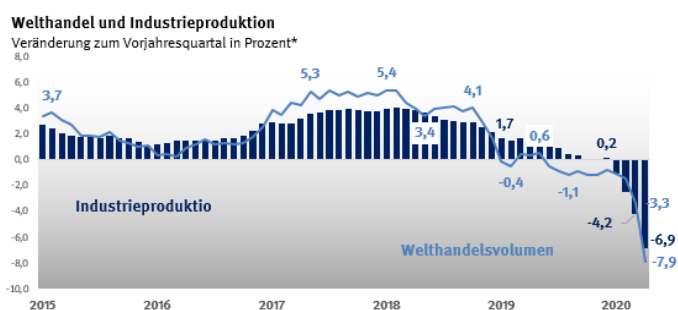


Sehr viel pessimistischer als die IWF-Prognose ist die Juni-Projektion der **OECD**, die für 2020 sogar einen **Rückgang um etwa sechs Prozent** in Aussicht stellt. Während in der Finanzkrise



die Schwellen- und Entwicklungsländer insgesamt nur langsamer wuchsen und keine Rezession durchlebten, werden auch sie mit den Folgewirkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu kämpfen haben und einen Einbruch der Wirtschaftsleistung erleiden. Der IWF prognostiziert für diese Ländergruppe ein Minus von drei Prozent. Die Wirtschaftsleistung der Industrieländer sackt um acht Prozent unter das Vorjahresniveau ab. Maßgeblich tragen dazu die Euro-Länder mit mehr als minus zehn Prozent bei, während die USA ‚nur‘ acht Prozent des BIPs verlieren werden.

Der Ausbruch der Pandemie ereignete sich in einer Phase, in der sich der **Welthandel und die Industrieproduktion schon seit einiger Zeit verlangsamen**. Die handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA auf der einen und China bzw. Europa auf der anderen Seite führten bereits seit Anfang 2018 zu einer Verlangsamung der globalen Handelsdynamik und ab etwa Mitte 2019 zu einem Schrumpfungsprozess. Ende 2019 keimte Hoffnung auf, als sich die USA und China auf ein erstes Teilabkommen zur Beilegung ihres Handelsstreits einigen konnten. Doch mit den ersten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in China und anschließend in Europa nahm der Abwärtstrend richtig Fahrt auf. **Im ersten Quartal 2020 sank die globale Industrieproduktion um 4,2 Prozent und das Handelsvolumen stürzte um 3,3 Prozent unter den Vorjahreswert.** Aller Voraussicht nach wird das zweite Quartal einen noch kräftigeren Absturz verzeichnen, da die globalen Eindämmungsmaßnahmen in diesem Zeitraum ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreicht haben werden.



* gleitender Dreimonatsdurchschnitt, saisonbereinigt, letzter Monatswert: April 2020

Quelle: CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, World Trade Monitor, 24. Juni 2020, eigene Berechnungen

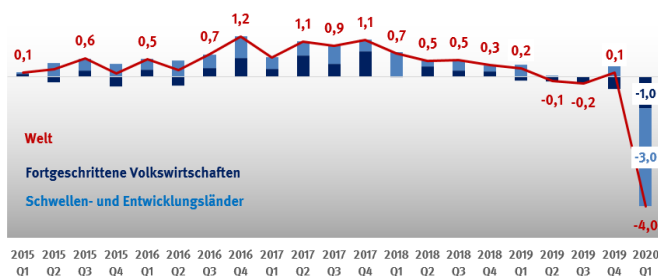
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die in 2018 einsetzende **Handelsflaute** traf zunächst **vor allem die Industrieländer**, die den größten Teil des internationalen Warenaustauschs unter sich abwickeln, und bremste etwas später die Wachstumsdynamik der Industrieproduktion der Schwellen- und Entwicklungsländer. Nachdem sich **China** aufgrund massiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen Ende 2019 etwas erholte und die Industrieproduktion wieder Fahrt aufnahm, stürzte die Corona-Krise die Industrieproduktion Chinas im Januar und Februar 2020 mit einem Minus von 13,5 Prozent in den Abgrund. Durch die massive Verunsicherung schrumpften die Anlageinvestitionen um 24,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Die **globale Industrieproduktion**

sackte im **ersten Quartal 2020** gegenüber dem vierten Quartal 2019 um 4,0 Prozent ab, wobei dieser Absturz nun **vor allem auf den Einbruch in der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer** (Anteil: minus 3,0 Prozentpunkte) zurückging. Hier schlägt der hohe Anteil Chinas zu Buche, das als erstes Land von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen war.

Globale Industrieproduktion und Wachstumsbeiträge

Veränderung der Industrieproduktion zum Vorquartal in Prozent, Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



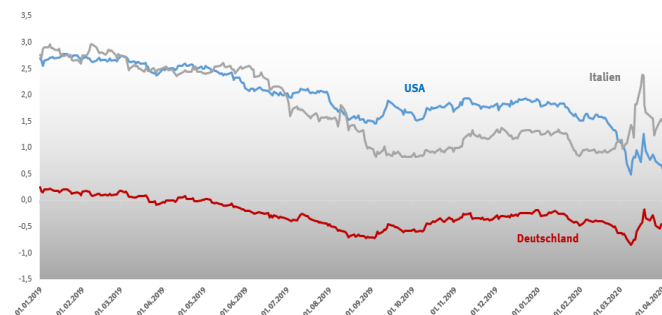
Quelle: CPB, Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, World Trade Monitor, 24. Juni 2020, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Folgen des Corona-Shutdowns drohten die schon vorher bestehende Verunsicherung auf den Finanzmärkten zu verschärfen. Riskante Anlageformen wurden abgestoßen und durch sichere ersetzt. So kam es früh zu einem raschen Ausverkauf an den Aktien- und privaten Anleihemärkten und zu einer Flucht in Staatsanleihen. Gleichzeitig wurde Liquidität aufgebaut. Die Kapitalknappheit an den Finanzmärkten verschärfte das Refinanzierungsproblem, Kredite wurden knapp und teuer insbesondere für jene Schuldner, die als gefährdet galten. Das traf auch auf Länder zu, die eine hohe Staatsverschuldung haben und von ausländischem Kapital abhängig sind. Der Verkauf ihrer Anleihen drückt den Kurswert, treibt bei einem fixen Couponzins die Umlaufrenditen und verteuert bei anstehenden Umschuldungen die Refinanzierung. Die Risikozuschläge gegenüber ‚sicheren‘ Staatsanleihen nehmen zu. So stieg die Umlaufrendite für italienische Staatsanleihen gleich mit Beginn des Infektionsausbruchs in Italien von etwa einem Prozent auf knapp 2,5 Prozent an.

Zehnjährige Staatsanleihen

Umlaufrendite in Prozent



Daten: IMF, World Economic Outlook

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die **schnelle Reaktion der Politik** mit Schutzschirmen, um die Insolvenz der Unternehmen und Massenentlassungen zu verhindern, die Lockerung der Defizitregeln durch die EU-Kom-

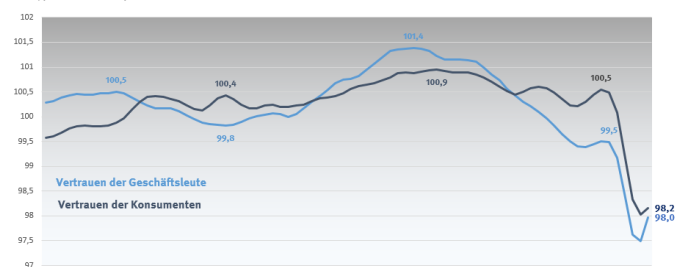


mission sowie die erweiterten Anleihekäufe der Notenbanken haben zu einer raschen Beruhigung auf den Finanzmärkten geführt, was einer **Verschärfung der Rezession entgegentwirkte**.

Auf den Rohstoffmärkten kam es ebenfalls zu Turbulenzen.

In Erwartung einer globalen Krise, die mit einem geringeren Bedarf an Rohstoffen einher geht, kam es zu einem Preisverfall auf diesen Märkten. Dramatisch war der Absturz auf den Rohölmärkten, verschärft durch die Uneinigkeit des OPEC-Kartells im Hinblick auf die Reduktion der Fördermengen, um den Preisverfall zu stoppen. Die US-amerikanische Rohölsorte WTI (Western Texas Intermediate) notierte kurzzeitig mit einem negativen Preis. Um die vollen Lager und Tanker zu löschen, wurden Käufer mit einer ‚Prämie‘ gelockt. Was für die Konsumenten weltweit eine gute Nachricht ist, bedeutet für die zum Teil hoch verschuldeten rohöllexportierenden Länder ein Desaster. Sie brauchen die Einnahmen aus dem Verkauf ihres Öls, weil sie mit den Erlösen ihre Schulden bedienen müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass in Erwartung ihrer Zwangslage spekulative Währungsverkäufe zu Abwertungen der Landeswährung führten, was einerseits die Bedienung ihrer Schulden bei ausländischen Kreditgebern gefährdet und andererseits die Inflation im Inland durch die verteuerten Importe in die Höhe treibt. Aber auch Staaten – wie Saudi-Arabien – mit geringer Verschuldung geraten in die Schieflage, wenn ein Großteil des Rohölexports für die Finanzierung der Staatsausgaben benötigt wird.

Vertrauen der Geschäftsleute und der Konsumenten* in den OECD-Mitgliedsländern
Index, Januar 2014 bis Juni 2020



* Werte über 100 signalisieren eine verbesserte Stimmung und lassen auf eine zunehmende Industrieproduktion und eine verbesserte Auftragslage, bzw. mehr Konsum und weniger Ersparnisbildung schließen, sinkend die Werte unter 100, so wächst der Pessimismus.

Daten: OECD Business confidence Index (BCI), Juni 2020

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Stimmung unter den Unternehmen und Konsumenten der OECD-Mitgliedstaaten ist mit Ausbruch der Krise immer pessimistischer geworden und im Mai auf einen (vorläufigen) Tiefpunkt gestürzt. Einbrechende Aufträge bremsen die Produktion, Investitionsprojekte werden gestoppt bzw. gestrichen, die Konsumenten halten ihr Geld zusammen und sparen, wenn sie sich um ihren Arbeitsplatz sorgen müssen. Zwar hat sich die Situation im Juni mit dem Ende des Lockdowns etwas entspannt, was sich an Indikatoren, die den Energieverbrauch oder die Transportaktivitäten messen, erkennen lässt. Doch nur dann, wenn eine erneute Infektionswelle im Herbst ausbleibt, und mit den massiven Stützungsmaßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage mehr Sicherheit zurückkehrt, kann auf eine baldige Rückkehr auf das Vorkrisenniveau gehofft werden. Damit

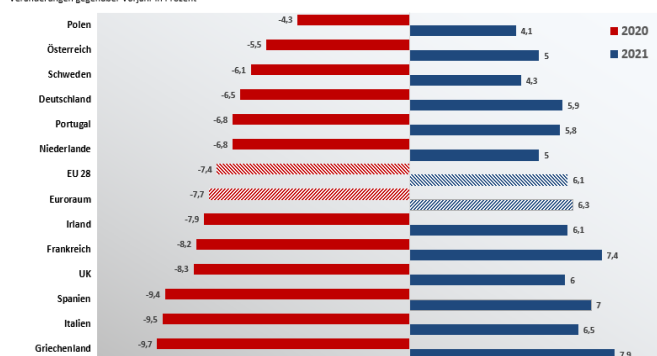
dürfte jedoch entsprechend der OECD- und auch der IWF-Prognose nicht vor 2022 zu rechnen sein.

1.2 Corona-Krise spaltet Europa und verschärft die soziale Lage

Aktuelle Prognosen lassen erwarten, dass die Länder sehr unterschiedlich an den Folgen der Corona-Krise zu tragen haben werden. Darin spiegeln sich zum einen die jeweilige Infektionsgeschwindigkeit und Mortalitätsrate, die Möglichkeiten sowie die Art und Weise wie jeweils auf die Ausbreitung des Corona-Virus reagiert wurde, aber auch wirtschaftsstrukturelle Besonderheiten. So musste sehr konsequent und schnell auf den heftigen Ausbruch des Virus in Norditalien reagiert werden, um das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Auch in Spanien und Frankreich folgte eine umfassende Ausgangssperre, die das öffentliche Leben nahezu komplett einschränkte. Für Spanien und Italien kommt hinzu, dass durch die weitreichende globale Einschränkung der Reiseaktivitäten und die gleichzeitig relativ große Bedeutung des Tourismus die Wirtschaftsleistung massiv geschädigt wird. Das bedeutet heftige Wachstumseinbrüche für diese Länder.

Die EU-Kommission (Mai 2020) erwartet für 2020 in Frankreich einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um mehr als acht Prozent, in Italien und Spanien schrumpft das BIP voraussichtlich um mehr als neun Prozent. Aber auch das Vereinigte Königreich, das relativ zögerlich auf die Pandemie reagierte und zudem durch einen möglicherweise bevorstehenden harten Brexit zusätzlich gefährdet ist, muss mit einem Rückgang um über acht Prozent rechnen. Obwohl Griechenland vergleichsweise wenig von Infektionen betroffen ist, leidet hier vor allem der strukturell relevante Tourismussektor und wirft die Wirtschaftsleistung um mehr als neun Prozent zurück. Die am 24. Juni veröffentlichte IWF-Prognose ist noch deutlich pessimistischer als die Frühjahrsprognose der EU-Kommission vom Mai dieses Jahres. So erwartet der IWF für Italien und Spanien einen Rückgang um knapp 13, für Frankreich minus 12,5 und für Großbritannien minus 10,2 Prozent.

Prognose des realen Bruttoinlandsprodukt für 2020 und 2021 in Europa
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



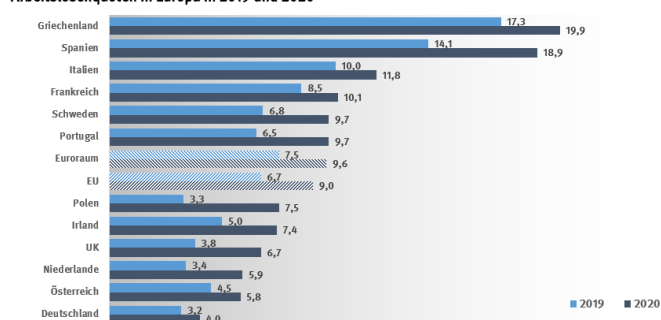
Quelle: EU-Kommission, Mai 2020

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Mit Italien und Griechenland sind zwei Länder schwer getroffen, die bislang noch nicht den Schock der Finanzkrise überwunden haben und deren Wirtschaftsleistung im Jahr 2019 immer noch unter dem Vorkrisenniveau von 2008 lag. Die sozialen Folgen werden deutlich, wenn man den Arbeitsmarkt in den Blick nimmt. In Griechenland (Arbeitslosenquote: 17,3 Prozent), Spanien (14,1) und Italien (10,0) bestand trotz einiger Erfolge in den letzten Jahren nach der Finanzkrise noch vor dem Ausbruch der Corona-Krise eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Insbesondere die **Jugendarbeitslosigkeit** ist erschreckend hoch: im April 2020 in Griechenland 35,6 in Spanien 33,2 und in Italien 20,3 Prozent.

Arbeitslosenquoten in Europa in 2019 und 2020*

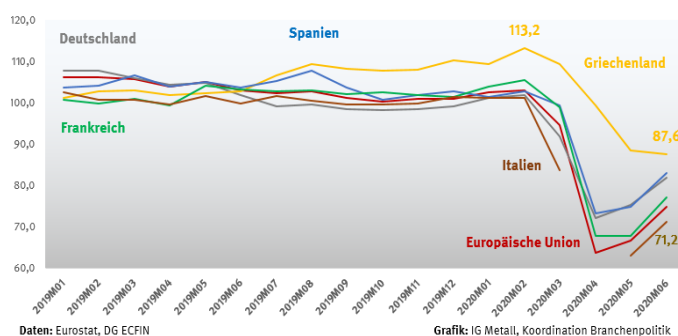


Daten: EU Kommission, Mai 2020, * Prognose
Grafik: IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik

Für 2020 erwarten alle Institute einen erneuten Anstieg der Arbeitslosenquote. So ging die Kommission im Mai für Griechenland von knapp 20 Prozent, für Spanien von knapp 19 und für Italien von beinahe 12 Prozent aus. Im Vergleich dazu ist die Prognose für **Deutschland mit vier Prozent für 2020 (bezogen auf die Erwerbsbevölkerung)** eher verkraftbar (diese Zahlen unterscheiden sich von der in Deutschland berechneten Arbeitslosenquote, die höher ist, weil sie sich auf die Erwerbspersonen bezieht). Damit driftet Europa erneut auseinander, die soziale Spaltung setzt sich fort und sorgt für politische Spannungen.

Wirtschaftliches Klima in Europa

Index langjähriges Mittel = 100, unbereinigt



Daten: Eurostat, DG ECFIN

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Aussichten für die Europäische Union mit der langsamen Lockerung der Schutzmaßnahmen etwas aufhellen. Während noch im April der Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung gegenüber dem Vormonat um 30,8 auf 63,8 Punkte sank und damit

auf den tiefsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 1985, ist er bereits im Mai um 2,9 auf 66,7 Punkte gestiegen. Der Juni brachte eine merkliche Steigerung um 8,1 auf 74,8 Punkte (Destatis, Pressemitteilung vom 3. Juli 2020). Zwar liegt der Wert noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt und deutet insgesamt auf eine eher schlechte Stimmung, sofern es aber keine erneute Infektionswelle gibt und die konjunkturstabilisierenden Maßnahmen greifen, könnte Besserung in Sicht sein.

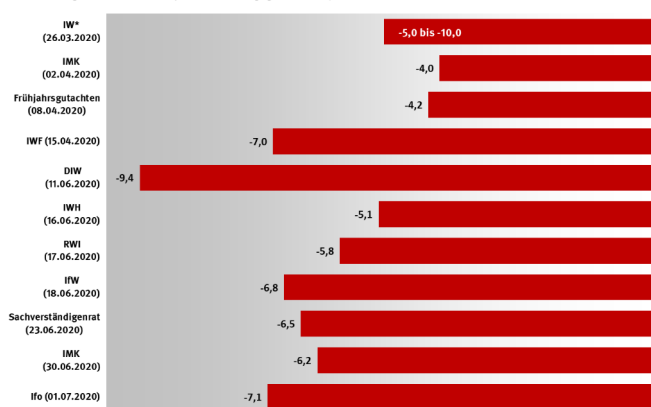
1.3 Wirtschaftliche Lage in Deutschland

Konjunkturverlauf: Tiefpunkt der Krise überwunden

Immer mehr zeichnet sich ab, dass die Coronakrise den **schwersten Konjunkturreinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik** bewirkt hat. Schon im ersten Quartal 2020 war die Wirtschaftsleistung um 2,2 Prozent zurückgegangen, obwohl die Wirtschaft erst Mitte März mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung gewissermaßen in ein künstliches Koma versetzt wurde. Gesamtwirtschaftliche Zahlen für die Hauptkrisenmonate April und Mai liegen noch nicht vor. **Die Prognosen der Institute erwarten für das zweite Quartal einen Einbruch des BIP zwischen minus neun und minus 13 Prozent.**

Institutsprognosen und Szenarien für 2020

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



* = Lockdown-Szenario bis Ende April bzw. Ende Juni, Erholung bis Herbst bzw. erst zum Jahresende

Quelle: Prognosen der Institute

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

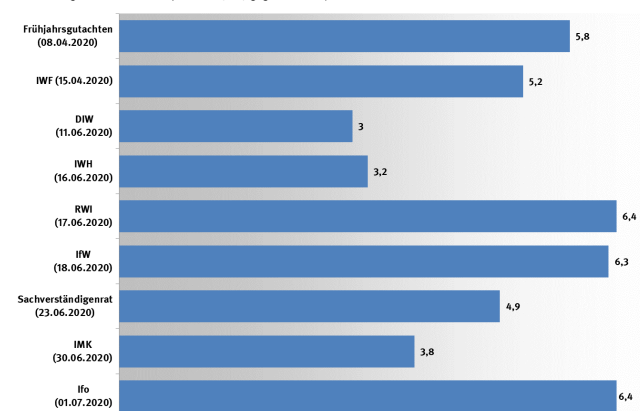
Wie schnell es danach wieder aufwärts geht, hängt von vielen Faktoren ab und ist von den Prognosemodellen der Institute nur bedingt zu prognostizieren. **Alle gehen aber von einem Aufwärtstrend im zweiten Halbjahr aus.** Die meisten Institute erwarten für das gesamte Jahr 2020 einen Rückgang des BIP zwischen etwa fünf und sieben Prozent. Dies entspricht der Größenordnung in der Wirtschafts- und Finanzkrise, als das BIP in Deutschland 2009 um 5,7 Prozent schrumpfte. Pessimistischer ist das DIW, das sogar einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um minus 9,4 Prozent erwartet. Die unterschiedliche Bewertung betrifft nicht den kräftigen Einbruch im zweiten Quartal (da sind die Differenzen eher gering), sondern das Tempo der Erholung. Das DIW geht davon aus, dass die ökonomischen Aktivitäten im zweiten Halbjahr nur sehr schleppend wieder Fahrt aufnehmen.



Das DIW rechnet auch im nächsten Jahr mit einer nur verhaltenen wirtschaftlichen Erholung. Von dem niedrigen Wert des Krisenjahres 2020 ausgehend kann nach dieser Prognose das BIP nur um drei Prozent steigen. Etwas optimistischer sind die anderen Institute, vor allem das RWI, das IfW und das Ifo, die ein Wachstum von etwas über sechs Prozent erwarten. Dabei gehen sie von einem nicht so starken Einbruch in diesem Jahr und damit von einem höheren Ausgangswert aus. **Doch auch nach diesen positiveren Prognosen würde das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung erst Ende 2021 wieder erreicht werden.**

Institutsprognosen und Szenarien für 2021

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Prognosen der Institute

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

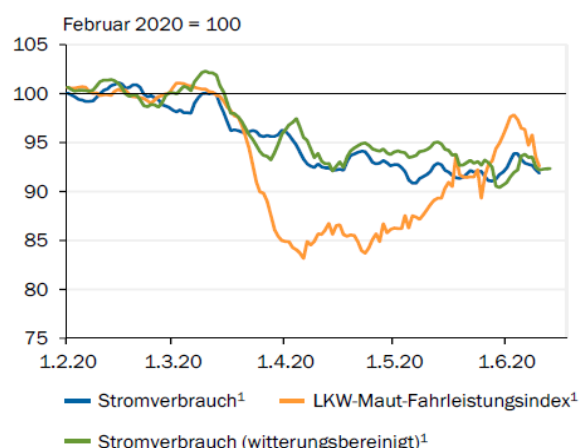
Alle Nachfragekomponenten sind von der Krise betroffen.

Schon im ersten Quartal konnten nur noch der Staatsverbrauch und die Bauinvestitionen zulegen, während der private Konsum, die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte zurückgingen. Im zweiten Quartal wird nach den Prognosen nur noch der Staatsverbrauch leicht zunehmen und zur Stabilisierung der Lage beitragen. Für alle anderen Komponenten wird ein Minus erwartet, besonders stark beim privaten Konsum, den Ausrüstungsinvestitionen und vor allem den Exporten. Geschlossene Grenzen und der Wirtschaftsstillstand in fast allen Ländern bremsen den Außenhandel stark ein. Für das dritte Quartal erwarten die Institute wieder einen leichten Anstieg für alle Komponenten. Nur in der Prognose des DIW werden die Ausrüstungsinvestitionen noch weiter schrumpfen.

Ein großer Unsicherheitsfaktor für alle Prognosen sind die fehlenden Daten. Detaillierte Informationen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegen nur für das erste Quartal vor. Das heißt für den Tiefpunkt der Krise im April und den weiteren Krisenverlauf fehlen die notwendigen Informationen. Zudem hat es eine vergleichbare Krise in der Vergangenheit nicht gegeben, es liegen keine Erfahrungswerte vor. „Modelle basierend auf früheren empirischen Zusammenhängen könnten daher das Ausmaß des derzeitigen Wirtschaftseinbruchs falsch einschätzen“ (Sachverständigenrat, 2020). Um zumindest aktuellere Zeitreihen zu bekommen, greifen Forscher*innen inzwischen auf alternative Kennzahlen zurück. Aus dem Stromver-

brauch und den LKW-Fahrleistungen lassen sich Rückschlüsse auf die wirtschaftlichen Aktivitäten ziehen. Diese Werte stehen zeitnah zur Verfügung. Mit beiden Indikatoren lässt sich der wirtschaftliche Einbruch Mitte März sehr gut erkennen. **Im April ist der Tiefpunkt erreicht und die Lage stabilisiert sich.** Danach ist das Bild nicht mehr eindeutig. Während die LKW-Fahrleistungen (gemessen mit den Maut-Daten) mit den wirtschaftlichen Lockerungen im Mai wieder zunehmen und sich langsam normalisieren, verharrt der Stromverbrauch bis Anfang Juni auf dem niedrigen Krisenniveau.

Mautdaten zeigen langsame Normalisierung an

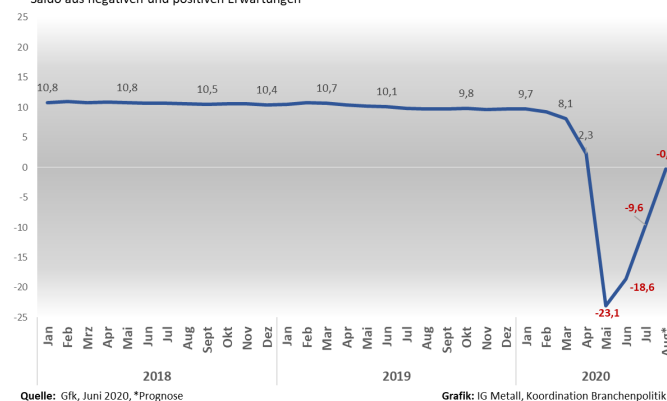


Quelle: Sachverständigenrat, Konjunkturprognose 2020 und 2021
1 Saison- und Kalenderbereinigt, Gleitender 7-Tagesdurchschnitt

Eine andere Quelle für zeitnahe Informationen sind die Stimmungsindektoren, die durch Befragungen erhoben werden, wie das Konsumklima. Dieser Indikator zeigt eine Besonderheit dieser Krise, die sich in den gesamtwirtschaftlichen Daten für das erste Quartal nur leicht andeutet: **Anders als in anderen Krisen geht auch der private Konsum dramatisch zurück. Der GfK-Konsumklimaindex stürzt in den Monaten März, April und Mai förmlich ab.**

GfK-Konsumklimaindex

Saldo aus negativen und positiven Erwartungen



Quelle: GfK, Juni 2020, *Prognose

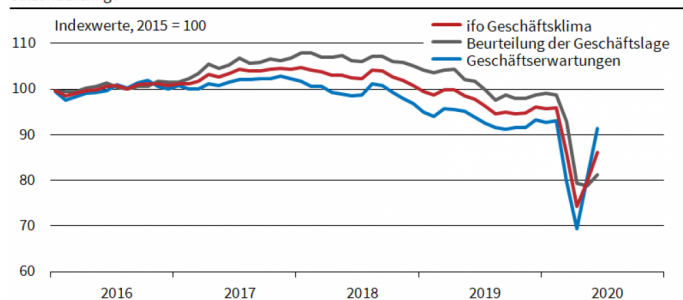
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Zum Teil liegt das natürlich daran, dass durch den Shutdown nur eingeschränkte Konsummöglichkeiten bestanden. Die meisten Geschäfte waren geschlossen. Der wichtigere Faktor aber waren die sehr stark gesunkenen Einkommenserwartungen. Diese Erwartungen haben mit der massenhaften Kurzarbeit, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmenden Insolvenzen eine reale Grundlage. Zwar hat sich das Konsumklima mit den wirtschaftlichen Lockerungen seit Juni spürbar verbessert, aber es ist weiterhin erheblich vom Vorkrisenniveau entfernt. Wenn es nicht gelingt, das Einkommen und die Einkommenserwartungen schnell zu stabilisieren, wird der private Konsum nur verhalten Fahrt aufnehmen.

Der bekannteste Stimmungsindikator ist das ifo-Geschäftsklima. Auch hier gibt es den steilen Absturz im März, der Tiefpunkt ist im April erreicht. Im Mai und im Juni verbessert sich der Wert wieder. Die Konjunkturbewertung der befragten Unternehmen ist aber nicht eindeutig. Das ifo-Geschäftsklima setzt sich aus den Fragen zur aktuellen Geschäftslage und nach den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zusammen. Die Geschäftslage zeigt noch keine konjunkturelle Belebung. Der Tiefpunkt war erst im Mai. Im Juni sind die Werte nur geringfügig besser. Die positiven Tendenzen kommen ausschließlich von den Erwartungen. Diese sind im Mai und im Juni kräftig angestiegen und liegen immerhin wieder auf Werten wie im Herbst 2019. **Die Unternehmen sind also optimistisch gestimmt, aktuell ist die Lage aber noch schlecht.** Dabei müssen die Erwartungen vor dem Hintergrund dieser schlechten Ausgangslage bewertet werden. Es kann ja eigentlich nur besser werden. In welchem Umfang die Erwartungen der Unternehmen tatsächlich eintreten werden, bleibt dabei offen.

ifo Geschäftsklima Deutschland^a
Saisonbereinigt



^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

© ifo Institut

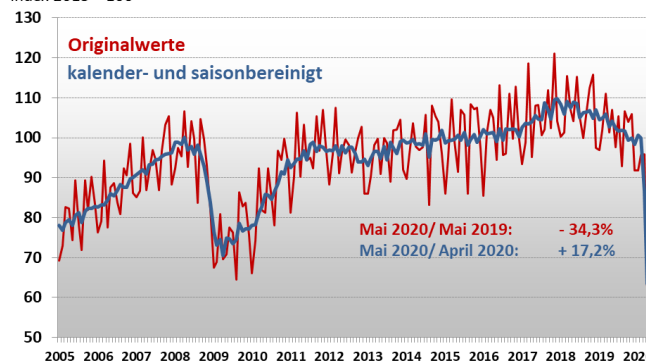
Metall- und Elektroindustrie: Tiefer Absturz

Besonders hart sind die Folgen der Krise für die Metall- und Elektroindustrie. **Mit dem Shutdown im März folgte ein regelrechter Absturz der Produktion.** Im April war sie gegenüber März noch einmal um 28,4 Prozent zurückgegangen, im Vergleich zum April 2019 sogar um 40,3 Prozent. Damit war der Produktionseinbruch deutlich stärker als in der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Positiv ist lediglich, dass der Tiefpunkt der Krise im April erreicht war. **Mit den zunehmenden**

Lockerungen der Anti-Corona-Maßnahmen konnte die Produktion im Mai wieder zulegen. Angesichts des niedrigen Niveaus im April blieb der Anstieg im Mai aber mit plus 17,2 Prozent noch sehr verhalten. Im Vorjahresvergleich bedeutet das immer noch ein Minus von 34,3 Prozent.

Produktion in der Metall- und Elektroindustrie

Index 2015 = 100

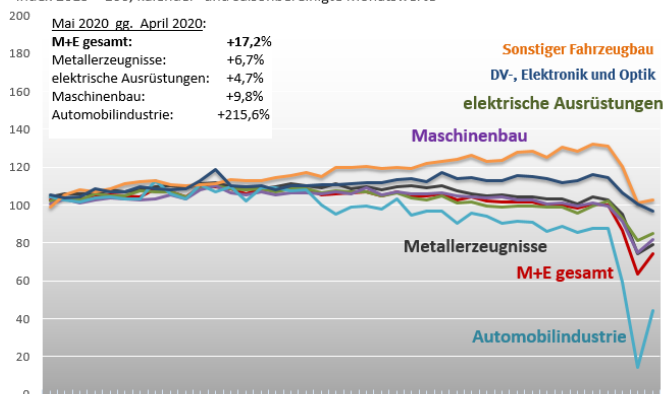


Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Angesichts der Schwere der Krise und der gesetzlichen Restriktionen, die das Aufrechterhalten der Produktion zur großen Herausforderung machte, ist es kein Wunder: Alle Branchen wurden von der Krise erfasst. **Vor allem die Automobilindustrie hat mit großen Produktionseinbrüchen zu kämpfen.** Schon 2019, lange vor Corona, befand sie sich in der Rezession und musste einen Rückgang der Produktion um 11,2 Prozent zum Vorjahr verkraften.

Produktion in den Hauptbranchen der Metall- und Elektroindustrie

Index 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigte Monatswerte



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

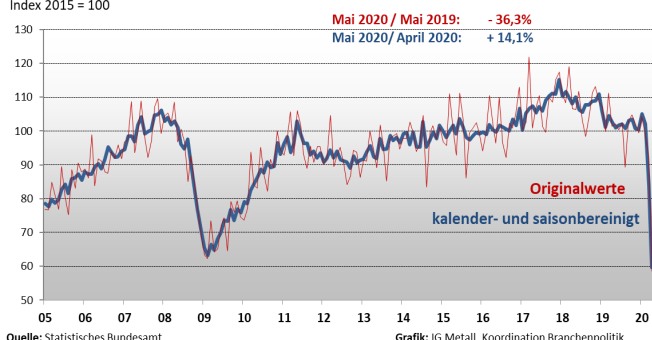
Im März 2020 schrumpfte sie gegenüber dem Februar um 32,1 Prozent, im April im Vergleich zum März noch einmal um 76,3 Prozent. Die starke Zunahme im Mai ist vor allem dem Basiseffekt zu verdanken, das Produktionsniveau bleibt auf extrem niedrigen Niveau. Die einzige Branche, die ihre Produktion im Mai nicht steigern kann, sind die Hersteller von DV-Geräten, Elektronik und Optik. Allerdings stand sie vor der Krise relativ gut da und hatte einen vergleichsweise kleinen Produktionsrückgang. Im April schrumpfte sie gegenüber März um 5,2 Pro-



zent. Noch besser stand vor der Krise der sonstige Fahrzeugbau da. Auch hier war der Produktionsrückgang im April mit 16 Prozent vergleichsweise weniger dramatisch.

In ähnlichem Umfang, wie die Produktion zurückgefahren wurde, gingen in der Metall- und Elektroindustrie auch die Bestellungen zurück. Es bereiten der Branche also nicht nur die angebotsseitigen Beschränkungen Probleme, auch die Nachfrage ist entsprechend eingebrochen. **Damit sind zumindest kurzfristig keine nennenswerten Nachholeffekte in der Produktion zu erwarten.** Am Tiefpunkt, im April, lag das Niveau der Auftragsgänge um 41,8 Prozent niedriger als im April 2019. Nach dem leichten Anstieg im Mai 2020 lag der Wert immer noch um 36,3 Prozent unter dem Niveau vom Mai 2019.

Auftragseingang in der Metall- und Elektroindustrie
Index 2015 = 100



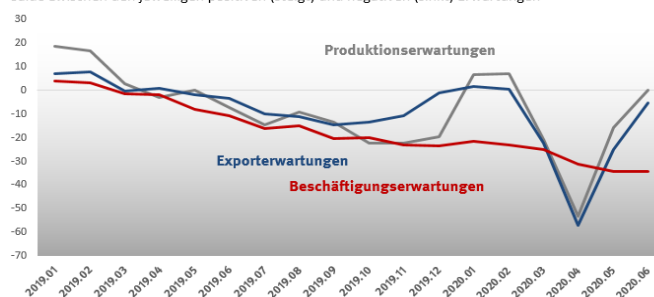
Angesichts dieser Zahlen zeigt die Branche einen erstaunlichen Optimismus. Bei der Befragung des ifo-Instituts zu den Produktions- und Exporterwartungen in der Metall- und Elektroindustrie für die nächsten drei Monate gingen ungefähr genauso viel Unternehmen von positiven wie von negativen Erwartungen aus. Nach einem starken Absturz in den Monaten März und April haben sich die Erwartungen im Mai und im Juni stark verbessert. Im zweiten Halbjahr 2019 fielen die Erwartungen pessimistischer aus. Doch den starken Anstieg sollte man nicht überbewerten: Zum einen spielt natürlich der Basiseffekt eine wichtige Rolle. Nach dem starken Einbruch von Produktion und Export gehen viele davon aus, dass es besser wird. Das sagt noch wenig darüber aus, um wie viel es besser wird. Zum anderen wird das Ergebnis sehr stark geprägt von der Automobilindustrie, wo die positiven Erwartungen stark überwiegen. Hier ist der Basiseffekt aber noch viel ausgeprägter.

Ganz anders als bei den Produktions- und Exporterwartungen sieht es bei den Beschäftigungserwartungen aus. Hier gab es zwar keinen heftigen Einbruch im April, aber es gibt auch keine Aufwärtstendenzen. **Stattdessen gibt es einen kontinuierlichen Abwärtstrend, der schon lange vor Corona eingesetzt hat.** Der Anteil der Unternehmen, die von einer sinkenden Beschäftigung in den nächsten drei Monaten ausgehen nimmt gegenüber den Unternehmen, die einen Beschäftigungsaufbau erwarten, kontinuierlich zu.

Erwartungen in der Metall- und Elektroindustrie

für die nächsten drei Monate

Saldo zwischen den jeweiligen positiven (steigt) und negativen (sinkt) Erwartungen*



* Differenz in Prozent
Quelle: Ifo Institut

Grafik: IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik

Arbeitsmarkt: Krise hinterlässt tiefe Spuren

Nirgendwo sind die längerfristigen Folgen der Krise so offensichtlich wie auf dem Arbeitsmarkt. Beinahe täglich kündigen Unternehmen den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren in den Medien an. Die Auseinandersetzungen um Beschäftigungsabbau ist für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zum täglichen Kampf geworden. Für viele Unternehmen war vor der Krise die Sicherung von Fachkräften ganz oben auf der Prioritätenliste gestanden. Auch bei schwachen Produktionszahlen wurde noch Beschäftigung aufgebaut oder zumindest gehalten, was sich in sehr schwachen Produktivitätszahlen niederschlug. Jetzt scheint die Krise zum kräftigen Personalabbau genutzt zu werden.

Derzeit wird der allergrößte Teil des Beschäftigungsrückgangs noch durch Kurzarbeit abgefangen. Zwar liegen auch für die Kurzarbeit – genauso wie für die gesamtwirtschaftlichen Produktionszahlen – genaue Daten erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung vor. **Aber schon jetzt ist klar, dass die Kurzarbeit Dimensionen angenommen hat wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.** Im Vergleich zur Wirtschaftskrise 2009 spielen hier zwei Faktoren eine Rolle: Einerseits war damals nur die Industrie von der Krise betroffen. Diesmal leiden auch die Dienstleistungen. Den höchsten Anteil an Kurzarbeitenden hat das Gastgewerbe. Andererseits erfolgte der Absturz im Herbst 2008 von einer Hochkonjunktur. Neben der Kurzarbeit wurde auch der Abbau der Arbeitszeitkonten massiv genutzt. Diesmal kommt die Krise nach einem für die Industrie schon sehr schwachen Jahr 2019. Die Arbeitszeitkonten wurden vermutlich schon vorher zurückgefahren.

Die Anzeigen für Kurzarbeit, die nicht deckungsgleich mit der tatsächlich geleisteten Kurzarbeit sind, sondern um einiges höher liegen, gingen förmlich durch die Decke. Im März und April wurden für 10,7 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit angezeigt, im Mai für weitere 1,14 Millionen. Vom ersten bis zum 25. Juni lag die Zahl dann noch bei 342.000. **Ersten Berechnungen zu Folge arbeiteten im April knapp sieben Millionen Menschen kurz. In der Rezession 2009 gab es in der Spitze lediglich 1,4 Millionen Kurzarbeiter.**

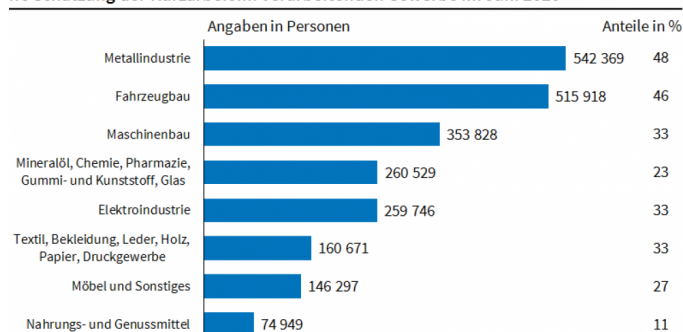


„Im April 2020 bezogen nach vorläufigen hochgerechneten Daten 6,8 Millionen Menschen Kurzarbeitergeld aus konjunkturellen Gründen. Im März lag die Zahl der Kurzarbeitenden noch bei 2,5 Millionen und im Februar bei 133.000.“

Bundesagentur für Arbeit, Juni 2020

Das ifo-Institut führt auf der Basis eigener Erhebungen aktuelle Schätzungen der Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter durch. **Danach lag der Höhepunkt der Kurzarbeit im Mai bei 7,3 Millionen Kurzarbeitenden.** Im Juni ging die Zahl leicht auf 6,7 Millionen zurück. Der Rückgang fand vor allem in den Dienstleistungsbereichen statt. In der Industrie erhöhte sich die Zahl der Kurzarbeitenden im Juni sogar noch einmal leicht von 2,2 auf 2,3 Millionen. **Vor allem in der Metallindustrie und im Fahrzeugbau betraf die Kurzarbeit deutlich mehr als 40 Prozent aller Beschäftigten.** Nach einer anderen Befragung des IAB bedeutet Kurzarbeit für knapp ein Viertel der Betroffenen Kurzarbeit Null. Die weiterhin extrem hohen Kurzarbeitszahlen decken sich mit den Einschätzungen des ifo-Geschäftsklimas, wonach die aktuelle Wirtschaftslage sich bisher kaum verbessert hat.

ifo Schätzung der Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe im Juni 2020



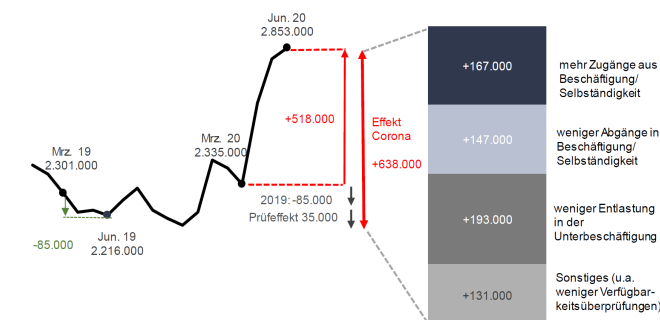
Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Mit der Kurzarbeit konnte bisher der größte Teil des Beschäftigungsrückgangs aufgefangen werden. Doch auch die intensive Nutzung der Kurzarbeit konnte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern. **Die übliche Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt fiel 2020 aus.** Statt eines saisonalen Rückgangs gab es einen Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen von 2,34 Millionen im März auf 2,85 Millionen im Juni. **Insgesamt geht die Bundesagentur für Arbeit davon aus, dass wir bedingt durch die Coronakrise 638.000 mehr Arbeitslose haben.** Je länger die Kurzarbeit in erheblichem Umfang anhält, desto mehr wird die Kurzarbeit durch Beschäftigungsabbau ersetzt werden. Kurzarbeit bleibt, auch mit der verbesserten Förderung durch die Bundesregierung, eine Übergangslösung. Wenn die Unternehmen nicht fest davon ausgehen, das Arbeitsvolumen in absehbarer Zeit wieder zu benötigen, werden sie die Stellen reduzieren. Ein Prozess, der mit den zahllosen Ankündigungen zum Personalabbau bereits in Gang gekommen ist. Der

Anstieg der Arbeitslosigkeit bis Juni ist damit erst der Anfang, auch wenn die Konjunktur langsam wieder Fahrt aufnimmt.

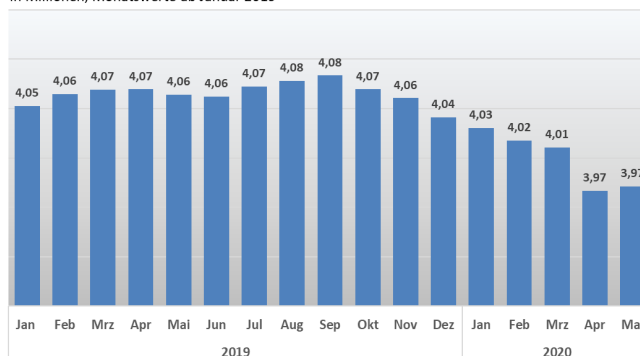
Corona-Effekt auf die Arbeitslosigkeit im Juni - Berechnung und Teileffekte
Deutschland, Juni 2020



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die schlechten Beschäftigungserwartungen, die das ifo-Institut für die Metall- und Elektroindustrie ermittelt haben, lassen sich bis April 2020 auch direkt in den Beschäftigtenzahlen ablesen. **Im September 2019 wurde mit 4,08 Millionen der höchste Beschäftigungsstand erreicht.** Seitdem wird kontinuierlich Personal reduziert. Der Trend hat sich mit dem dramatischen Produktionseinbruch im April noch einmal deutlich verschärft. Trotzdem wird derzeit noch das Meiste durch die Kurzarbeit aufgefangen. **Insgesamt hat die Metall- und Elektroindustrie seit September über 100.000 Arbeitsplätze verloren.** Der Produktionsanstieg in den nächsten Monaten wird nicht verhindern, dass sich dieser Trend fortsetzt, auch wenn sich die Beschäftigung im Mai erst einmal stabilisiert hat. Neben den unmittelbaren Folgen der Krise ist zu befürchten, dass die Unternehmen die Situation nutzen, um weitere Personalreduktionen umzusetzen. Beschäftigungssicherung ist damit die große aktuelle Herausforderung. **Zusammen mit dem Strukturwandel befürchtet die IG Metall einen noch deutlich stärkeren Beschäftigungsabbau.** „Dreihundert Tausend Arbeitsplätze stehen unter Feuer“, so der Hauptkassierer der IG Metall, Jürgen Kerner.

Beschäftigte in der M+E-Industrie
in Millionen, Monatswerte ab Januar 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



2. Krisenpolitik im internationalen Vergleich: Zeitnah – Zielgerichtet – Befristet

Die Corona-Pandemie ist eine massive globale Gesundheitsgefährdung, die es möglichst rasch einzudämmen gilt. Höchste Priorität mussten zunächst Hygieneempfehlungen und –maßnahmen wie Abstandsregeln und Desinfektionen, die Zurverfügungstellung von Schutzausrüstungen und Versorgungskapazitäten in der Intensivmedizin haben, um Schlimmeres zu verhindern. Gleichzeitig wurden die Testkapazitäten in den Laboren erhöht und massiv die Entwicklung von Impfstoffen sowie Medikamenten vorangetrieben. Kontaktsperren um Corona-Hotspots und Einschränkungen der Reisefreiheit weiteten sich immer mehr aus.

In der **ersten Phase der ökonomischen Krisenbekämpfung** wurden Schutzschirme aufgespannt zur Sicherung der Liquidität der Unternehmen, Sicherung der Arbeitsplätze und Vermeidung von Privatinsolvenzen. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass aufgrund der starken Verunsicherung eine schnelle Rückkehr zum Vorkrisenniveau ohne staatliche Konjunkturprogramme nicht realistisch ist.

Es werden in dieser **zweiten Phase** milliardenschwere Programme aufgestellt, um die Wirtschaft anzuschieben. Ein Vergleich der nationalen Maßnahmen zeigt, dass alle grundsätzlich der Regel ‚zeitnah – zielorientiert – befristet‘ folgen für einen möglichst starken und schnellen Impuls. Der Umfang und die Stärke der konjunkturellen Wirkung sind aber sehr unterschiedlich.

2.1 Nationale Schutzschirme und Konjunkturprogramme mit unterschiedlicher Schlagkraft

USA: Lücken im sozialen Sicherungssystem

Die **Vereinigten Staaten** sind für Deutschland – abgesehen von der Europäischen Union – vor Frankreich und China das wichtigste Zielland für die Ausfuhren. Die USA erleben momentan den kräftigsten Absturz ihrer Wirtschaftsleistung nach dem zweiten Weltkrieg. Für 2020 stellt der IWF einen Rückgang um acht Prozent in Aussicht. Die Erfolgsgeschichte in Folge der Ende 2017 beschlossenen Steuerreform und den mit Budgetdefiziten finanzierten massiven Ausgabensteigerungen, die in 2018 die Wirtschaft zunächst kräftig antrieben, fand in 2019 aufgrund des eskalierenden Handelskonflikts mit China ihr Ende. Die Konjunktur kühlt im Verlauf des Jahres merklich ab. Im ersten Quartal 2020 stürzte das BIP aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie um etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. **Der Einbruch lässt sich maßgeblich auf den Rückgang der Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern (minus 13,8 Prozent) sowie von Ausrüstungsinvestitionen (minus 16,6 Prozent) zurückführen.** Im Zeitraum April bis Juni dürfte mit einem noch deutlicheren Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen sein. Eine rasche Erholung rückt in

immer weitere Ferne. Eine zweite Infektionswelle scheint in den USA bittere Realität zu werden. Nach den ersten Lockerungen kam es Ende Juni/Anfang Juli zu neuen Rekordzahlen bei Infektionen und Todesfällen. Einzelne Unternehmen und Bundesstaaten schließen erneut oder verschieben weitere Lockerungen.

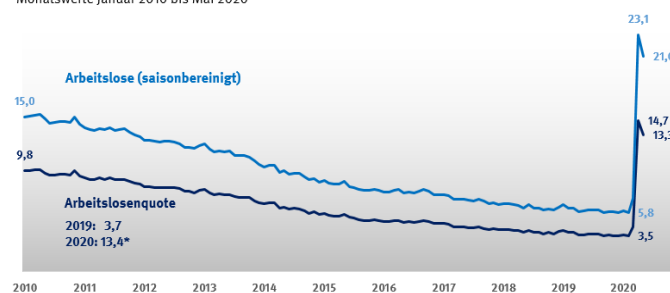
Bruttoinlandsprodukt der USA
Veränderung des realen BIP (saisonbereinigt) zum Vorquartal, in Prozent



Daten: Bureau of Economic Analysis, * Prognose des Internationalen Währungsfonds, Juni 2020
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Aus deutscher Sicht beinahe unvorstellbar ist, dass die **Arbeitslosenquote** von ihrem tiefsten Stand seit Ende des zweiten Weltkriegs (3,5 Prozent) innerhalb kürzester Zeit auf **14,7 Prozent**, und damit dem höchsten Wert, hochschnellte. Die Anzahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) stieg von 5,8 Millionen im Februar auf 23,1 Millionen im April. In Summe haben seit Ausbruch der Pandemie bis zu 40 Millionen Menschen einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt. Die Diskrepanz zu den mehr als 20 Millionen tatsächlich Arbeitslosen ergibt sich daraus, dass diese für einen bestimmten Zeitraum in einem Monat ermittelt werden. Ein Großteil derjenigen, die einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt haben, hat zwischenzeitlich wieder eine Beschäftigung gefunden. Mängel im sozialen Sicherheitsnetz treten offen zu Tage. Da es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt, gingen erkrankte Beschäftigte an ihren Arbeitsplatz und infizierten ihre Arbeitskollegen. **Ein Teufelskreis, der die Ausbreitung des Corona-Virus beschleunigte.** Bei Verlust des Arbeitsplatzes, der häufig wegen fehlender Kündigungsfristen schnell droht und auch nicht etwa durch Kurzarbeitsregelungen verhindert wird, geraten die Beschäftigten mangels ausreichender Absicherung in Existenznöte und verlieren zudem ihre Krankenversicherung, weil diese überwiegend vom Arbeitgeber abhängt.

Arbeitslose und Arbeitslosenquote in den USA
Monatswerte Januar 2010 bis Mai 2020



Daten: Bureau of Labor Statistics, Erhebung auf Grundlage von repräsentativen Telefonumfragen von Haushalten, * Prognose des Internationalen Währungsfonds, April 2020
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Die USA haben beginnend mit Anfang März in mehreren Schritten konjunkturstützende Maßnahmen angekündigt und beschlossen, die Familien und Unternehmen entweder mit direkten Zahlungen, Stundungen oder Krediten zu unterstützen. Darüber hinaus gab es im Mai ein Hilfspaket für Bundesstaaten und Kommunen. **Für Aufsehen sorgte die frühe Ankündigung am 6. März von direkten Zahlungen im Umfang von 1.200 US-Dollar (in Summe 600 Mrd. US Dollar) an Amerikaner mit einem Einkommen bis maximal 75 Tausend US Dollar und einer geringeren Zahlung bei Einkommen bis maximal 99 Tausend US Dollar.** Außerdem gibt es 500 Dollar extra für jedes Kind. Außerdem wurde die Arbeitslosenhilfe auf 600 Dollar je Woche aufgestockt, erstmals auch für freie Mitarbeiter und Gig-Worker (Wissensarbeiter ohne festen Arbeitsvertrag) (Anderson, et. al. 2020). In den kommenden Wochen wird der US-Kongress ein weiteres Konjunkturpaket beschließen, das höhere Arbeitslosengelder, eine Lohnsteuersenkung und Konsum-Schecks beinhalten wird. **Es dürfte um ein Gesamtvolumen von eins bis drei Billionen US-Dollar gehen und den Konjunkturimpuls deutlich verstärken.**

Unterstützung für den expansiven fiskalpolitischen Kurs kommt von der US-amerikanischen Notenbank, Fed, mit niedrigen Zinssätzen für die Refinanzierung der Geschäftsbanken und mit einem umfangreichen Ankaufprogramm für Anleihen sowie von hypothekenbesicherten Wertpapieren. Bereits Ende 2018 begann die Notenbank, den Leitzinssatz von damals 2,5 Prozent in kleinen Schritten zu senken. Unter dem Eindruck der sich ausbreitenden Corona-Pandemie senkte sie den Leitzins am 3. März von 1,75 Prozent auf 1,25 und am 16. März schließlich auf 0,25 Prozent. Im Juni signalisierte die Fed eine Fortsetzung der „Nullzins-Politik“ bis Ende 2022. Die Anleihekäufe belaufen sich auf 80 Mrd. US-Dollar je Monat und etwa 40 Mrd. US-Dollar sollen jeden Monat in hypothekenbesicherte Wertpapiere fließen. **Die Bilanzsumme erreichte im Juni einen Rekordwert von 7,2 Billionen US-Dollar und damit 33 Prozent des BIP 2019 (Januar: 4,2 Bill.) (Federal Reserve 2020).**

China: Staatsbetriebe stabilisieren die Beschäftigung

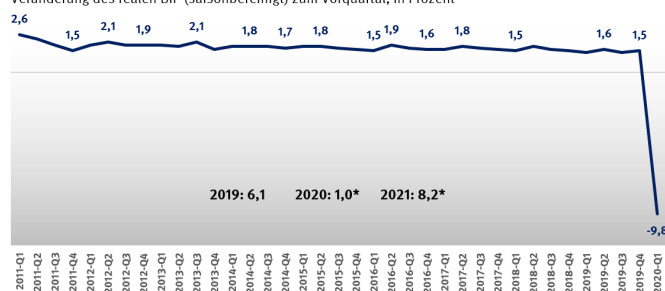
Nach den USA und Frankreich ist China als Zielland deutscher Ausfuhren von besonderer Bedeutung. Das Handelsvolumen (Ausfuhren plus Einfuhren) Deutschlands mit China (2019: 206,7 Mrd. Euro) übertrifft sogar den jeweiligen Warenaustausch mit den USA und Frankreich. Der deutsche Einfuhrwert aus China (109,7 Mrd. Euro) ist größer als der Wert der ausgeführten Waren (96 Mrd. Euro). Deutschland verbucht gegenüber China ein Handelsbilanzdefizit.

Die ökonomische Lage in China hat maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. **Im ersten Quartal 2020 ist Chinas BIP (saisonbereinigt) um knapp 10 Prozent gegenüber dem Vorquartal gefallen und damit zum ersten Mal seit 1976, dem Jahr in dem Mao Zedong starb (minus 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal).** Vor allem die Industrie und die touris-

tischen Dienstleistungen mussten einen herben Rückschlag erleiden. Ein Großteil des Einbruchs geht auf die in den ersten beiden Monaten gegenüber dem Vorjahr um 13,3 Prozent gefallenen Exporte zurück, und auch die **Anlageinvestitionen brachen im selben Zeitraum um 25 Prozent ein (Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe: minus 31,5 Prozent, Kärnfeld/Zenglein 2020).** Alles in allem eine Folge der Eindämmungsmaßnahmen, die zu Betriebsschließungen führten und auch verhinderten, dass Arbeitnehmer nach der Urlaubssaison an ihren Arbeitsplatz zurückkehren konnten. Zudem lastete die um sich greifende Unsicherheit auf der Investitionsbereitschaft.

Bruttoinlandsprodukt Chinas

Veränderung des realen BIP (saisonbereinigt) zum Vorquartal, in Prozent

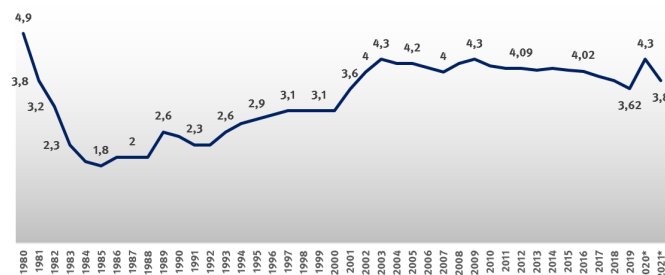


Daten: OECD.data, * Prognosen des Internationalen Währungsfonds, Juni 2020

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die nationale Statistikbehörde gab am 16. Juli bekannt, dass Chinas Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 3,2 Prozent über dem Vorjahreszeitraum lag, während das BIP des gesamten ersten Halbjahres um 1,6 Prozent unter die erste Jahreshälfte 2019 fiel. Zwar ist die Produktion angezogen, die Binnennachfrage bleibt aber schwach. **Der Produktionseinbruch des ersten Quartals schlägt sich nur geringfügig in den Arbeitsmarktdaten Chinas nieder.** Der Internationale Währungsfonds erwartet für 2020 zwar einen Anstieg von 3,6 auf 4,3 Prozent und in 2021 nach einer Erholungsphase einen Rückgang auf 3,8 Prozent. Nach Informationen von Kärnfeld/Zenglein (2020a) ist die urbane Arbeitslosenquote im Februar auf ein Allzeithoch von 6,2 Prozent gestiegen und in März leicht auf 5,9 Prozent gesunken. **Über das gesamte zweite Quartal verharrte die urbane Arbeitslosenquote auf historischen Höchstwerten um sechs Prozent (Kärnfeld/Zenglein, 2020b).**

Arbeitslosenquote China



Daten: IMF, World Economic Outlook, April 2020, download: 29.06.2020, * Prognosen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



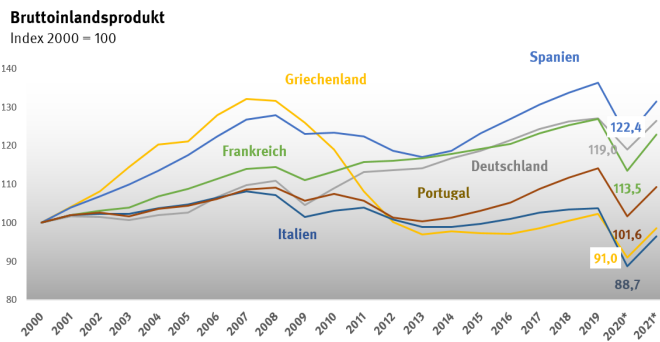
Die China-Experten von MERICS erwarten, dass es China in diesem Jahr zum ersten Mal **nicht gelingen wird**, sein **selbst gesetztes Beschäftigungsziel zu erreichen**, nämlich 11 Millionen neue Jobs zu schaffen. Das Jahresziel wurde auf 9 Millionen gesenkt. Ein Vergleich der chinesischen Arbeitsmarktdaten mit anderen Ländern ist kaum möglich, weil sich die Erfassungsmethoden der Arbeitslosigkeit wesentlich unterscheiden. So werden die Wanderarbeiter aus den ländlichen Regionen, obwohl sie in den Städten überwiegend zeitlich befristete prekäre Arbeit verrichten, die in Krisenzeiten unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffen ist, nicht dort erfasst. Verlieren sie ihren Arbeitsplatz, ziehen sie in ihre Heimatregionen, werden von ihren Familien aufgenommen und unterstützen diese in der Landwirtschaft. Der Anstieg der urbanen Arbeitslosigkeit unterschätzt folglich das tatsächliche Niveau (OECD 2020a, S. 10).

Die chinesische Regierung versucht mit verschiedenen Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit und deren Folgen so gering wie möglich zu halten. Dazu gehört unter anderem die Reduzierung des Arbeitgeberbeitrags an den Sozialversicherungszuschlägen sowie die staatliche Refinanzierung der Arbeitslosenversicherung. **Außerdem fördert der Staatsrat die Beschäftigung in Staatsbetrieben und gewährt kleinen und mittleren Unternehmen Anreize, Hochschulabsolventen einzustellen.** Darüber hinaus wird anhaltend in den **Ausbau der Infrastruktur** investiert. Geldpolitische Maßnahmen unterstützen auch in China das Konjunkturprogramm. So wurde der Leitzins und die Mindestreservesätze für die Banken gesenkt, was die Kreditvergabe vor allen an kleinere Unternehmen begünstigt. Kleine und mittlere Unternehmen kommen zudem in den Genuss eines Moratoriums für ausstehende Kreditzahlungen bis Ende März 2021 (OECD 2020a).

Eine Bezifferung des konjunkturellen Gesamteffekts der Stabilisierungspolitik in China ist aufgrund der dürftigen Informationslage kaum möglich. Es ist jedoch zu erwarten, dass der chinesische Staatsrat alles unternehmen wird, um einen massiven und anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der Internationale Währungsfonds schätzt den Umfang der diskretionären fiskalpolitischen Maßnahmen auf etwa 4,1 Prozent des BIP (IMF 2020b, Policy-Responses-to-COVID, 9. Juli 2020). In allen verfügbaren Prognosen wird davon ausgegangen, dass die Rückkehr auf das Vorkrisenniveau, wenn nicht in diesem Jahr, dann spätestens in 2021 gelingen wird. Ob sich diese Einschätzung halten lässt, hängt maßgeblich davon ab, wie erfolgreich die globale Ökonomie bei der Bekämpfung der Rezession sein wird. Vermutlich dürfte deswegen weniger ein erneuter Ausbruch der Epidemie in China als eine anhaltend schwache Exportwirtschaft, die Wiederbelebung der chinesischen Ökonomie gefährden.

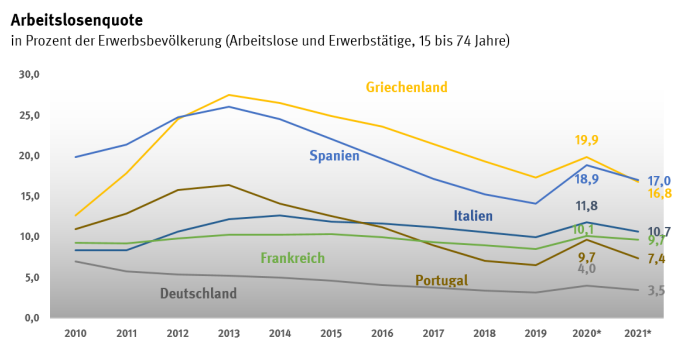
Frankreich: Krisenbekämpfung mit Industrieförderung

Frankreich, nach den USA das **zweitwichtigste Zielland** deutscher Ausfuhren, hat sich nach der Finanzkrise 2009 relativ



* Prognosen der EU Kommission, Sommer 2020 (Interim), 7. Juli 2020
Daten: Eurostat, Database, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



* Prognosen, EU Kommission, Mai 2020
Daten: Eurostat, Database

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

schnell wieder erholt. Das Bruttoinlandsprodukt lag 2019 um etwa 27 Prozent über dem Niveau des Jahres 2000 und 14,3 Prozent über der Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009. **Allerdings verharrt die Arbeitslosigkeit seit längerem zwischen neun und 10,4 Prozent.** Zwar ist es in 2019 gelungen, die Arbeitslosenquote unter den Grenzwert von neun Prozent zu drücken, mit Ausbruch der Corona-Pandemie droht in diesem Jahr jedoch ein erneuter Anstieg auf über zehn Prozent. Deutschland konnte bei einer ähnlich erfolgreichen Überwindung der Finanzkrise eine deutlich niedrigere Arbeitslosigkeit realisieren.

In Frankreich breitete sich ab Ende März das Virus sehr schnell aus. In manchen Regionen waren die Krankenhäuser aufgrund geringer Intensivkapazitäten überlastet. **Strenge Eindämmungsmaßnahmen** waren die Folge, die auch weitreichende Ausgangssperren und Reisebeschränkungen beinhalteten. Mit einem Volumen von 31 Mrd. Euro für die Stabilisierung des Entgelt- und Beschäftigungsniveaus stemmt sich Frankreich gegen die Folgen der Corona-Krise. Diese mit dem deutschen Kurzarbeitergeld vergleichbare Maßnahme wird teilweise über das Staatsbudget und über die Arbeitslosenversicherung finanziert. Mit 21,5 Mrd. Euro werden Unternehmenssteuern erstattet.

Die französische Krisenpolitik verbindet das Stabilisierungsziel mit einer zukunftsorientierten industriepolitischen Strategie. Ein Großteil des Geldes wird gezielt für die Modernisierung der Mobilität und die Unterstützung der hoch innovativen Luft- und Raumfahrt verwendet. Unter anderem fließen acht Mrd.



Euro in die Automobilindustrie, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren und die automobilen Produktionsketten zu modernisieren und zu digitalisieren. **Dazu gehören Kaufprämien für Fahrzeuge, auch für Verbrenner.** Die Luft- und Raumfahrt wird mit etwa 4,6 Mrd. Euro unterstützt; darunter Aufträge für die Ausstattung des Militärs und der Polizei. Außerdem werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Tilgungen von Unternehmenskrediten gestundet und Garantien für Kredite gewährt.

Italien: Pandemie erfordert Stärkung des Gesundheitssystems

Italien und Spanien verbuchen in Europa einen traurigen Rekord. Sie sind die Länder, die die meisten Infektionen zu verzeichnen haben (Rang 8 und 9 im internationalen Vergleich, Stand: 1. Juli 2020). Bei den Todesfällen führt Italien (34.767, Infektionen: 204.578) vor Frankreich (29.846, Infektionen: 202.063) und Spanien (28.355). Italien war sehr frühzeitig gefordert, eine schnelle Ausbreitung des Virus vor allem in Norditalien einzudämmen. Die Versorgungskapazitäten in den Kliniken reichten nicht, um alle Notfälle aufzunehmen und zu behandeln. Die italienischen Ärzte mussten in einzelnen Fällen darüber entscheiden, welcher Patient eine intensive Notfallversorgung bekommen soll und welcher nicht. **Die Regierung musste zu drastischen Maßnahmen greifen, um eine weitere Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern.**

Dazu gehörte die Abriegelung von Hotspots, die Schließung von Geschäften und Produktionsbetrieben und weitreichende Ausgangssperren für die Bevölkerung. Hart treffen wird es den Tourismussektor, auf den etwa 13 Prozent der Wirtschaftsleistung entfallen (Deutsche Bank, 2020). Der für 2020 von der EU-Kommission prognostizierte Wirtschaftseinbruch wird die Wirtschaftsleistung um rund 20 Prozentpunkte unter das Vorkrisenniveau von 2007 und um elf Prozent unter das Niveau von vor 20 Jahren zurückwerfen. Die Arbeitslosigkeit wird beinahe 12 Prozent erreichen.

Das Ziel, Beschäftigung und Einkommen zu sichern, stand auch von Anfang an im Mittelpunkt der italienischen Schutzmaßnahmen. Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung wurden ausgeweitet, Selbstständige und Familien bekamen Zuschüsse. Unternehmen wurden Steuern gestundet und Garantien für Kredite gewährt. **In großem Umfang musste das Gesundheitswesen refinanziert werden.** Dies beinhaltete zusätzliches Personal, Überstundenzuschüsse und Ausweitung der Intensivversorgungskapazitäten sowie Subventionen für Unternehmen, die Schutzausrüstung produzieren.

Starke Ökonomien starke Konjunkturpakete – Europa driftet auseinander

Ein Vergleich der Schutzschirme und Konjunkturpakete zeigt zum einen, wie unterschiedlich die Handlungsmöglichkeiten der Staaten sind und zum anderen, wie gut die Länder mit staatlicher Unterstützung aus der Krise herauswachsen könnten. Stand Anfang Juli 2020 führt Deutschland nach den Berech-

nungen des Bruegel-Instituts mit einem unmittelbaren fiskalischen Impuls (Staatsausgaben, die noch in diesem Jahr aus dem Staatshaushalt finanziert werden) im Umfang von über 13 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgen die USA (9,1 Prozent).

Am unteren Ende finden sich unter anderem eher die Länder Europas, die besonders vom einbrechenden Tourismus und einer ohnehin schlechteren ökonomischen Ausgangslage gekennzeichnet sind: Griechenland (3,1), Italien (3,4) und Spanien (3,7). Bei den Steuerstundungen und Stundungen von Sozialversicherungsbeiträgen, die vor allem die Staatseinnahmen belasten und die Liquidität der Unternehmen verbessern, führt dagegen Italien. Das trifft auch auf Exportgarantien sowie die Zuschüsse und Kreditlinien nationaler Entwicklungsbanken zu. Kreditlinien und Garantien müssen nicht budgetwirksam in 2020 sein, können aber zu einem späteren Zeitpunkt zu staatlichen Verbindlichkeiten werden. Dabei kann der Garantiebtrag ein Vielfaches dessen betragen, was letztlich an staatlicher Unterstützung geleistet wird. **Insofern ist es vor allem der unmittelbare fiskalische Impuls, der Rückschlüsse auf eine schnelle konjunkturelle Wirkung zulässt.**

Diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen in Reaktion auf das Corona-Virus, bis 15. Juni 2020, in Prozent des BIP 2019

	Unmittelbarer fiskalischer Impuls	Stundungen	Andere Liquiditätshilfen / Garantien*
Belgien	1,4	4,8	21,9
Dänemark	2,1	7,2	4,1
Frankreich	4,4	8,7	14,2
Deutschland	13,3	7,3	27,2
Griechenland	3,1	1,2	2,1
Ungarn	0,4	8,3	0,0
Italien	3,4	13,2	32,1
Niederlande	3,7	7,9	3,4
Portugal	2,5	11,1	5,5
Spanien	3,7	0,8	9,2
Vereinigtes Königreich	4,8	1,9	14,9
USA	9,1	2,6	2,6

*nur staatlich initiierte Maßnahmen (ohne Maßnahmen der Zentralbanken), zeigt das Gesamtvolumen der abgedeckten privaten Kredite/Aktivitäten, nicht den Betrag, den die Staaten jeweils zur Unterstützung des Liquiditätsbedarfs oder der Garantien zurücklegen. Der Garantiebtrag kann ein Vielfaches davon betragen.

Daten: Anderson / Bergamini / Brekelmans / Cameron / Darvas / Jimenez: The Fiscal response to the economic fallout from the Coronavirus, www.bruegel.org / Publications / Datasets / covid-national-database, last update: 1st July 2020

2.3 Ein Wiederaufbauplan für Europa

Herausforderung für die europäische Solidarität

Mit geringer zeitlicher Verzögerung wurde ergänzend zu den nationalen Schutzschirmen ein europäisches Maßnahmenbündel zur Bekämpfung der unmittelbaren Folgen der Corona-Pandemie beschlossen (Bundesfinanzministerium 2020). Anfang April haben sich die Finanzminister der Eurogruppe auf einen umfassenden **europäischen Schutzschirm** verständigt. Ende April wurde er von den Staats- und Regierungschefs gebilligt. Der Schutzschirm umfasst drei Elemente:



- Erweiterte Kreditlinien im Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Unterstützung der **Mitgliedstaaten** (ESM, Umfang: 240 Mrd. Euro),
- Unterstützung von **kleinen und mittleren Unternehmen** durch einen Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB, Umfang: 200 Mrd. Euro) und der
- Schutz von **Arbeitsplätzen** durch ein Kurzarbeit-Förderprogramm der EU-Kommission (SURE – Support Mitigating Unemployment Risks in Emergency, Umfang: 100 Mrd. Euro).

Bereits im März stieß die EU-Kommission außerdem die Initiative zur Bewältigung der Corona-Krise (Corona Response Investment Initiative, CRII) an. Nicht in Anspruch genommene **Vorauszahlungen** für die Kohäsionspolitik (Regionalpolitik) sollen von den Ländern – anders als üblich – einbehalten werden können. Das schafft eine zusätzliche Liquidität von acht Mrd. Euro. Außerdem wurden die **Fördermöglichkeiten des Struktur- und Investitionsfonds erweitert**. Anfang April wurde der Finanzierungsrahmen mit der Initiative CRII+ erneut erweitert. Hervorzuheben ist hier, dass nun krisenbezogene nationale Maßnahmen im Rahmen der Kohäsionspolitik zu 100 Prozent von der EU finanziert werden, das heißt, dass die **nationale Ko-Finanzierung entfällt**. Zwar werden durch die Erweiterungen im Rahmen von CRII und CRII+ nicht mehr Mittel im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt, die Bundesbank erwartet jedoch zurecht, dass durch die Änderungen die Mittel vermehrt abgerufen werden und insofern ergibt sich ein zusätzlicher stabilisierender Impuls (Bundesbank 2020).

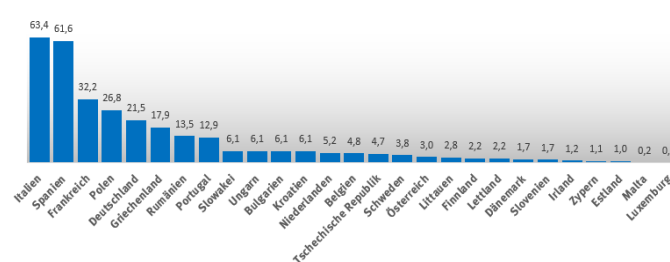
Die Debatte um die Ausgestaltung des europäischen Schutzschields entzündete sich vor allem an der Frage, ob die Länder, die in den Genuss von Krediten aus dem ESM kommen (maximal zwei Prozent ihres BIP), entsprechend der bisherigen Praxis mit **harten Strukturauflagen** zu rechnen hätten. Vor allem Italien weigerte sich unter diesen Bedingungen, Kredite in Anspruch zu nehmen. Die Einigung sieht nun vor, dass die Mittel stattdessen nur zur Abmilderung der unmittelbaren Corona-bedingten Folgen verwendet werden dürfen, was schwer abgrenzbar ist, aber vor allem ‚gesundheitsspolitische Maßnahmen‘ meint. Die Kommission erwartet zudem ein Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, also die grundsätzliche Respektierung der Verschuldungs- und Defizitregeln des Paktes.

Doch nicht nur über die Bedingungen der Kreditgewährung wurde heftig gestritten. Angesichts der steigenden Staatsverschuldung zur Finanzierung der Folgekosten und zur Stimulierung der Konjunktur, die insbesondere die Mitgliedstaaten mit hohen Staatsschuldenquoten zunehmend belasten würden, weil höhere Risikozuschläge die Zinslast zukünftiger Kredite in die Höhe trieben, kam die **Forderung nach einer gesamtschuldnerischen Haftung für gemeinsam ausgegebene Anleihen** auf. Damit dürften sich die Finanzierungsbedingungen der hoch verschuldeten Staaten verbessern. Die Einnahmen aus der Emission von ‚Corona-Bonds‘ sollten speziell für die Finanzie-

rung der Pandemie-bedingten Folgekosten verwendet werden und gemeinsam von den Ländern der Eurozone ausgegeben werden. Darin unterscheiden sie sich von den schon im Zuge der Debatte um die Bewältigung der ‚Euro-Krise‘ geforderten ‚Euro-Bonds‘, die auch (teilweise oder ganz) die Altschulden der einzelnen Länder finanzieren sollten. Gemeinsam ist beiden die Haftungsregelung. Bei einer gesamtschuldnerischen Haftung würde jedes einzelne Mitgliedsland der Währungsunion für die gesamte Forderungssumme haften.

Corona-Bonds wird es nun nicht geben. Ein dafür notwendiger einstimmiger Beschluss kam nicht zustande. Die ‚Sparsamen Vier‘ Österreich, Niederlanden, Dänemark und Schweden wollten keine Risikoteilung akzeptieren. Gerungen wird derzeit aber über einen umfangreichen **Wiederaufbaufonds** (‚EU-Recovery-Instrument‘/‚Next Generation EU‘), der nach dem Vorstoß von Frankreich und Deutschland (Volumen: 500 Mrd. Euro) mit einem eigenen Vorschlag nun von der EU-Kommission vorgelegt wurde. Der EU-Gipfel (17.-21. Juli 2020) brachte nach zähen Verhandlungen eine Einigung auf einen modifizierten Plan. Zentral ist ein **Fondsvolumen von 750 Mrd. Euro** (390 Mrd. Euro Zuschüsse, 360 Mrd. Euro Darlehen). Rund 672 Mrd. Euro davon fließen direkt an EU-Mitgliedsländer, die massiv von der Corona-Pandemie getroffen wurden und sollen dort die nationalen Aufbaupläne unterstützen. Kritiker des ursprünglichen EU-Plans bezweifelten, dass die Zahlungsanteile der einzelnen Länder die Corona-Betroffenheit abbildet. Die stabilisierende Wirkung wird auch dadurch in Frage gestellt, weil etwa 75 Prozent aller Zahlungen erst in 2023 oder später geleistet werden (Heinemann 2020).

Zuschüsse aus dem 310 Mrd. starken Aufbau- und Stabilisierungsfonds 'Next Generation EU', entsprechend des ursprünglichen Vorschlags der EU Kommission*
in Mrd. Euro

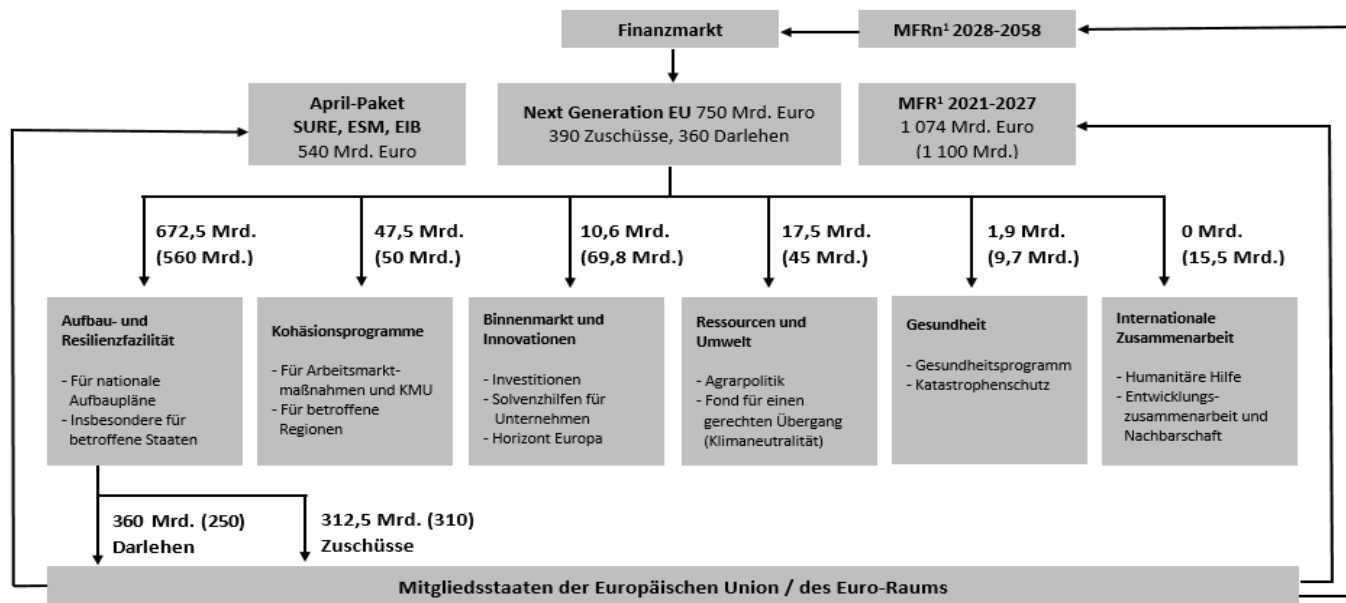


* Die Neuberechnung nach Einigung im EU-Rat auf 312,5 Mrd. Euro lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
Daten: EU-Kommission, The Pillars of Next Generation EU
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Gewährung von Zuschüssen, die nicht zurückgezahlt werden müssen, ist im Vergleich zur bisherigen Strategie europäischer Krisenbewältigung ein historischer Schritt und war sehr umstritten. So beharrten die ‚Sparsamen Vier‘ lange Zeit auf die ausschließliche Vergabe von Krediten, die mit Reformauflagen verknüpft werden sollen. Umstritten war auch, welches Gremium die Reformpläne und damit die Kredite bewilligen soll. Nun liegt die Entscheidung beim Rat, der mit qualifizierter Mehrheit darüber befinden soll. Kritisch ist ein **Veto-Recht**, das es einzelnen oder mehreren Mitgliedern zukünftig ermöglichen wird, die Genehmigung von Zahlungen zu verhindern oder (nach einem



Recovery-Plan der Europäischen Kommission – Beschluss des Europäischen Rates am 21. Juli 2020
in Klammern: Vorschlag der EU Kommission vor der Ratssitzung



1 – Mittelfristige/r Finanzrahmen.

Quelle: Europäische Kommission, EUCO 10/20, EO EUR 8, CONCL 4, 22.07.2020 und Sachverständigenrat

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

eingeleiteten Prüfverfahren) zumindest zu verzögern, wenn „eine zufriedenstellende Erfüllung der einschlägigen Etappenziele und Zielvorgaben“ nicht gegeben ist (EU Rat 2020, S. 6).

Die **Finanzierung** läuft über die Begebung von gemeinsamen Anleihen der EU. Jedes Mitgliedsland beteiligt sich an Tilgung sowie Zinslast entsprechend seiner Leistungsfähigkeit, die sich am Anteil des nationalen BIPs am EU-BIP orientiert. Deutschland wird deshalb zu den Nettozahlern gehören. Der Beschluss des EU Rats sieht vor, dass zukünftig Einnahmen aus einer eigenen EU-Steuer auf Kunststoffabfälle (ab Januar 2021), aus dem noch einzuführenden CO₂-Grenzausgleichssystem (ein Preisaufschlag für billigere Importe mit höheren CO₂-Emissionswerten, ‚Carbon-Border-Tax‘, erstes Halbjahr 2021) sowie der geplanten Digitalabgabe (ab Januar 2023) für die Bedienung der Zins- und Tilgungsraten verwendet werden sollen. **Eine EU-eigene Steuer wäre ein Novum und könnte ein bedeutender Schritt in Richtung einer Fiskalunion sein.**

Der Recovery-Fund soll mit den Zielen des European-Green-Deal verknüpft werden und die ökologische Transformation fördern. Allerdings wurde auf dem Weg zur Einigung im EU-Rat gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der EU Kommission zu Gunsten der Unterstützung der nationalen Aufbauprogramme massiv bei den **wichtigen gemeinsamen Vorhaben** auf EU-Ebene gekürzt: **vor allem im Bereich ‚Ressourcen und Umwelt‘ sowie Binnenmarkt, Innovation und Digitales.**

Zusätzlich zu den 750 Mrd. Euro wird der mittelfristige Finanzrahmen der EU auf 1.074,3 Billionen Euro aufgestockt, so dass insge-

samt im Zeitraum 2021 bis 2027 1,82 Billionen Euro zur Verfügung stehen werden. Bezogen auf das BIP der EU im Jahr 2019 (13,92 Bill. Euro, in jeweiligen Preisen) entspricht die jährliche Summe (260,6 Mrd. Euro) knapp 1,87 Prozent und damit einer merklichen Erhöhung gegenüber dem bisher üblichen einen Prozent.

Verglichen mit manchen nationalen Programmen scheint ‚Next Generation EU‘ schwächer aufgestellt. Die 750 Mrd. Euro entsprechen 5,4 Prozent des EU-BIP im Jahr 2019. Ein Großteil davon, nämlich die 672,5 Mrd. Euro, die den Ländern zum Wiederaufbau direkt zufließen, kommen in den nächsten drei Jahren (2021 bis 2023) zur Auszahlung. 2021 und 2022 sollen 70 Prozent der Summe verwendet werden. Das kommt einem **jährlichen fiskalischen Impuls von plus 1,7 Prozent** gleich. Auf 2023 entfallen noch 1,5 Prozent. Gemessen an dem von der Kommission prognostizierten Einbruch der EU in 2020 um 7,7 Prozent ist die **unmittelbare Anstoßwirkung** somit **eher gering und kommt in 2021 eher spät.** Über die nächsten drei Jahre betrachtet kann der Impuls jedoch dazu beitragen, dass das Vorkrisenniveau insbesondere der am stärksten betroffenen Länder schneller erreicht wird.

Entscheidend ist die politische Symbolik: Der Ansatz, die asymmetrische Betroffenheit der Länder durch die Corona-Krise mit Hilfe eines neuen gemeinsamen fiskalischen Instruments auszugleichen, ist ein historischer Moment und schlägt **ein neues Kapitel europäischer Integration** auf, das unverzichtbar auf dem Weg zur Vollendung einer wirklich solidarischen Europäischen Union ist. **Zur Wahrheit gehört aber auch,** dass dieser solidarische Akt auf den letzten Metern zur

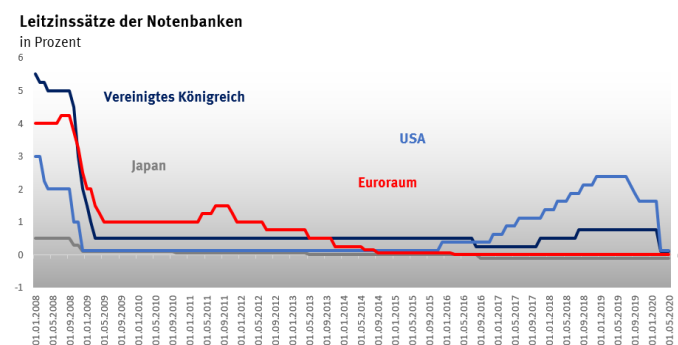


Einigung mit erhöhten Beitragsrabatten vor allem für die ‚Spar-samen Vier‘ Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden erkaufte werden musste. Und auch die Verknüpfung der Zahlungen an Rechtsstaatsprinzipien ist (vorläufig) gescheitert.

Jetzt muss das Europäische Parlament über die Gipfelbeschlüsse entscheiden. In einer Resolution am 23. Juli hat das Europäische Parlament große Teile der Beschlüsse abgelehnt. Jetzt muss es einen Abstimmungsprozess zwischen Parlament, Kommission und Rat geben. Danach steht noch die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente an. Zwar deuten sich heftige Debatten an. Jedoch wird überwiegend mit Zustimmung gerechnet. Auf die Vernunft der Entscheidenden können wir nur hoffen: Aufgrund der intensiven wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Wirtschaft und die sich daraus ergebenden Abhängigkeiten müssen die Mitgliedstaaten gemeinsam handeln, um die Krise zu bewältigen. Und dies möglichst schnell.

Europäische Zentralbank weitet Ankaufprogramme aus

Der Blick auf die staatliche Einnahmen- und Ausgabenpolitik verkürzt die Sicht auf konjunkturstabilisierende Maßnahmen. So trägt die jeweilige **Geldpolitik der Notenbanken** im Idealfall ganz wesentlich dazu bei, dass sich sowohl der Staat als auch die Unternehmen und privaten Haushalte zinsgünstig Kredite besorgen können. Wie viele andere Notenbanken auch, hat die **Europäische Zentralbank** Mitte März – nachdem der Einlagen- und Leitzinssatz schon seit längerer Zeit im negativen Bereich bzw. bei Null Prozent lagen – ein neues Ankaufprogramm für private und öffentliche Anleihen beschlossen.



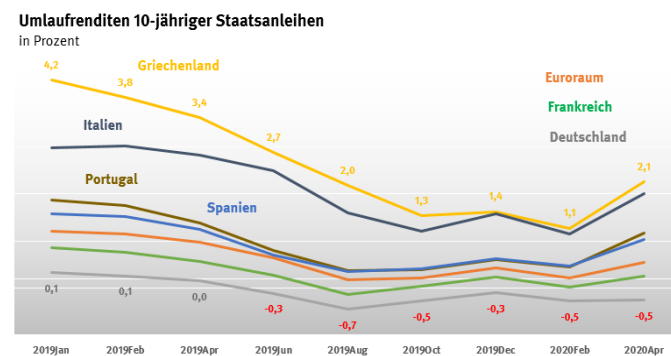
Daten: Bank for International Settlement (BIS)

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Das **Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)** soll gezielt den „...ernsten Risiken entgegen(zu)wirken, die der Ausbruch und die rasant zunehmende Ausbreitung des Corona-Virus (COVID-19) für den geldpolitischen Transmissionsmechanismus und die Aussichten des Euroraums darstellen (ECB Press Release, 2020a).“ Das Volumen des Ankaufprogramms betrug 750 Mrd. Euro und sollte bis Ende 2020 durchgeführt werden. Aufgrund der sinkenden Inflationsraten, die immer weiter von der anvisierten Zielinflationsrate von unter, aber nahe zwei Prozent abweichen (Dezember 2019: 1,4 Prozent, Mai 2020: 0,1 Prozent) stockte die EZB Anfang Juni das

Programm um weitere 600 Mrd. Euro auf. Es beträgt **jetzt insgesamt 1.350 Mrd. Euro**. Der Zeithorizont der Nettoankäufe wurde bis Ende 2021 verlängert (ECB Press Release, 2020b). Die Bilanzsumme der EZB belief sich Anfang Juli 2020 auf 6,23 Bill. Euro, oder knapp 53 Prozent des Eurozonen BIP im Jahr 2019.

Bemerkenswert ist, dass die EZB ankündigte im Rahmen des PEPP den **Ankaufschlüssel** der öffentlichen Anleihen (eigentlich bezogen auf den BIP-Anteil am BIP der Eurozone) **flexibel zu handhaben**, und, dass auch Wertpapiere des griechischen Staates angekauft werden können, was bisher ausgeschlossen war. Die flexible Handhabung der Wertpapierkäufe ermöglicht es der Europäischen Zentralbank **gezielte Attacken auf einzelne Mitgliedsländer des Währungsraums abzuwehren**, um damit deren Refinanzierung über die Finanzmärkte und die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik sicherzustellen. So geriet die Zahlungsfähigkeit des italienischen Staates Anfang März in den Fokus der Spekulanten als klar wurde, dass das Land massiv von der Ausbreitung des Corona-Virus getroffen und in Folge die Staatsverschuldung ansteigen würde. Der Ausverkauf 10-jähriger italienischer Anleihen führte zu einem Anstieg der Renditen von 0,9 Prozent am 21. Februar 2020, auf 2,4 Prozent am 17. März 2020 (ein Tag vor Ankündigung des PEPP). Die Risikozuschläge gegenüber sicheren Anleihen, wie zum Beispiel deutscher Bundesanleihen, stiegen deutlich an. Mittlerweile liegt die Effektivverzinsung bei nur noch 1,3 Prozent. Das Eingreifen der EZB hat die Lage deutlich entspannt und unterstützt damit effektiv die nationalen europäischen Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Nachfrage und Überwindung der Krise. Nur wenn dies gelingt, wird die EZB auch ihrem Ziel, der Sicherung der Preisniveaustabilität, näherkommen.



Quelle: ECB, Data Warehouse, Juni 2020

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Für **Irritationen** sorgte Anfang Mai 2020 das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts**, das die Rechtmäßigkeit des massiven Ankaufs von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank in Frage stellte (BVerfG 2020). Dabei bezog sich die Klage und das Urteil auf ein älteres Ankaufprogramm, das 2015 aufgelegt wurde. Konkret machten die Richter den Verfassungsverstoß daran fest, dass **Zweifel an der ‚Verhältnismäßigkeit‘** des Programms bestünden. Die EZB sollte binnen drei Monaten darlegen, dass dem nicht so sei, sonst dürfe die Bundesbank nicht weiter an der Umsetzung des Programms mitwirken. Zur Begründung hieß es, dass zum Beispiel Sparer erhebliche Verlustrisiken trügen.



Abgesehen davon, dass die Europäische Zentralbank darauf beharrte, dass sie unabhängig agieren dürfe, nur dem europäischen Recht unterworfen sei und mittlerweile erwartungsgemäß den Nachweis der Verhältnismäßigkeit gegenüber dem Bundestag erbringen konnte, platzte das Urteil des Verfassungsgerichts in eine Phase, in der die **uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Europäischen Zentralbank** einmal mehr **entscheidend für den Fortbestand der Europäischen Währungsunion** war.

Vermutlich wird dies nicht die letzte Klage gegen die EZB gewesen sein, denn die Kläger, die im Grunde die Währungsunion an sich ablehnen, wenden sich gegen eine ihrer Ansicht nach versteckte Staatsfinanzierung und Transfers an hoch verschuldete Mitgliedstaaten, was aber vom Verfassungsgericht nicht so gesehen und auch nicht beanstandet wird. Durch den **„Webfehler“ der Währungsunion**, der darin besteht, dass es **keine gemeinsame Fiskalpolitik** gibt, sondern diese nach wie vor in der Kompetenz der Mitgliedstaaten der Währungsunion liegt, fehlt das Vertrauen der Finanzmärkte in die Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander. Ein nicht akzeptiertes Überschreiten der selbst gewählten Defizitregel, die für sich genommen der deutlichste Ausdruck des Misstrauens und der mangelnden Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander sind, führt deshalb gerade in Krisenphasen, in denen zwangsläufig die Staatsverschuldung zur Finanzierung der staatlichen Konjunkturprogramme ansteigt, zu einem spekulativen Ausverkauf der jeweiligen Anleihen. Einzelne Mitgliedstaaten drohen von den Finanzmärkten abgeschnitten zu werden, was den Fortbestand der Union insgesamt gefährdet. **Somit waren einerseits die Lockerung der Defizitregeln in der zweiten Märzhälfte durch die EU-Kommission und andererseits das schnelle Handeln der EZB unverzichtbare erste Schritte, um die Wirksamkeit der Geldpolitik selbst sicherzustellen, die Folgen der Corona-Krise einzudämmen und die Währungsunion zu sichern.**

2.3 Deutschland spannt Schutzschirm und schnürt Konjunkturpaket in beispielloser Größenordnung

Wie gut Deutschland durch diese Krise kommen wird, hängt auch bei uns entscheidend davon ab, wie stark die Politik gesteuert. In der ersten Phase der Krise wurde die Ökonomie zur Pandemiebekämpfung gewissermaßen in ein künstliches Koma versetzt. Das hat zu einem angebotsseitigen und einem nachfrageseitigen Schock geführt. In dieser Situation war die finanzielle Stabilisierung der notwendige Schritt. Stimulierende Maßnahmen wären während des Shutdowns sinnlos gewesen, da wegen der Maßnahmen eine Steigerung der Produktion nicht möglich war. Die Bundesregierung hat schnell und entschlossen gehandelt und ein umfangreiches Programm auf den Weg gebracht:

- Verbesserung der Gesundheitsversorgung
3,5 Mrd. Euro für Schutzausrüstung, Entwicklung eines Impfstoffs und weiteren Behandlungsmaßnahmen,
weitere 55 Mrd. Euro zur direkten Pandemiebekämpfung, Schutzschirm für Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte.
- Familienunterstützung: Verdienstaussfälle durch Betreuungsaufwand werden aufgefangen, Erleichterung des Zugangs zum Kinderzuschlag bei Kurzarbeit.
- Hilfe für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler: 50 Mrd. Euro für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler (drei Monate Zuschüsse zu Betriebskosten), Erleichterter Zugang zur Grundsicherung für Selbstständige, Vermögensprüfung wird für sechs Monate ausgesetzt.
- Schutz für größere Unternehmen der Realwirtschaft Wirtschaftsstabilisierungsfonds:
100 Mrd. Euro für die Eigenkapitalstärkung,
400 Mrd. Euro für Bürgschaften,
bis zu 100 Mrd. Euro für die Refinanzierung bereits beschlossener KfW-Programme.
- Die KfW stellt Liquidität für Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler zur Verfügung (unbegrenztes Volumen verschiedener Kreditprogramme).
- Steuerliche Hilfen für Unternehmen bis Ende 2020, um deren Liquidität zu verbessern:
Finanzbehörden stunden Steuerschulden,
Steuervorauszahlungen können angepasst werden,
auf Vollstreckungsmaßnahmen wird verzichtet.
- Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld für Unternehmen, wenn mindestens 10 Prozent der Beschäftigten betroffen sind, Lohnkosten und Sozialabgaben werden von der BA bezahlt, einschließlich Leiharbeitnehmer, bei längerem Bezug wird das Kurzarbeitergeld aufgestockt.

„Das Bündel an Politikmaßnahmen hat dabei geholfen, die Unsicherheit zu reduzieren und Unternehmen mit Liquidität zu versorgen, etwa über die KfW. Die Banken haben die Wirtschaft in den vergangenen Monaten weiter mit Krediten versorgt. Dabei half auch die seit der Finanzkrise verbesserte Kapitalausstattung der Banken. Eine Kreditklemme konnte so bisher vermieden werden.“

Claudia Buch
Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank
(FAZ 08.07.2020)

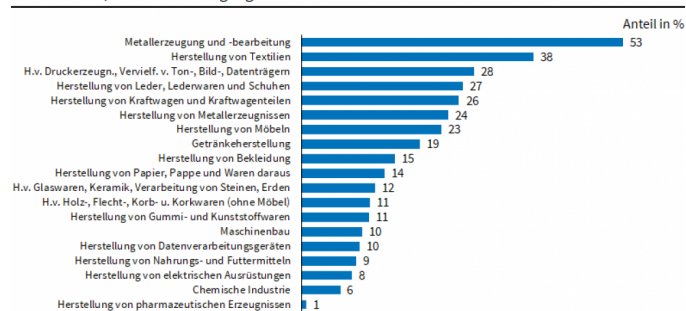
Eine Pleitewelle, oder ein massenhafter Anstieg der Arbeitslosigkeit, konnte auf dem Höhepunkt der Krise verhindert werden. **Insgesamt wurden Maßnahmen im Volumen von über einer Billion Euro auf den Weg gebracht.** Weil der überwiegende Teil davon Kredite und Bürgschaften waren, sind nicht im gleichen Umfang Ausgaben für die öffentliche Hand aufgelaufen. Es wurde ein erster Nachtragshaushalt im Volumen von 156 Milliarden Euro beschlossen. Für die Schuldenbremse gilt die Ausnahme einer schweren Krise, d.h. die Kreditaufnahme kann höher ausfallen als eigentlich vorgesehen. Es gilt aber ein strikter Tilgungsplan zur Rückführung der Verschuldung.



Auch wenn die kurzfristige Stabilisierung durchaus gelungen ist, reicht das Programm nicht aus. Der Schwerpunkt lag eindeutig auf der Liquiditätssicherung, deshalb wurden vor allem Kredite vergeben. Vielen Selbstständige, die teilweise bis heute unter fehlenden Einnahmen leiden (beispielsweise im Kulturbereich) droht deshalb finanziell eine Überschuldung. **Aber auch in der Industrie kam die wirtschaftliche Erholung für einige bisher zu langsam und zu schwach, um mit den staatlichen Hilfen überleben zu können.** In der ifo-Konjunkturumfrage im Juni waren es vor allem Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung, die sich in einer existenzbedrohenden Lage sahen. Hier könnte noch eine Insolvenzwellen auf uns zurollen, zumal derzeit bis zum Herbst keine Insolvenzanträge gestellt werden müssen.

Coronakrise bedroht Existenzen im Verarbeitenden Gewerbe

Unternehmen, die Beeinträchtigungen durch die Coronakrise als existenzbedrohend bewerten

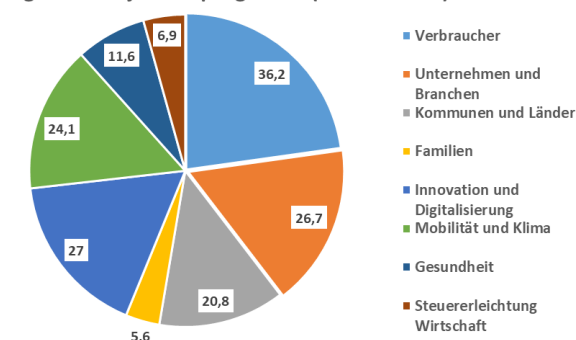


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

© ifo Institut

Inzwischen sind wir in Phase 2: Die Corona-Auflagen wurden seit Ende April schrittweise wieder gelockert, und die wirtschaftlichen Aktivitäten kommen langsam wieder in Gang. **Jetzt geht es nicht mehr um die Existenzsicherung, sondern um die Ankurbelung der Ökonomie.** Vor allem, weil dieser Prozess marktgetrieben nur schleppend vorankommt. Die Regierungskoalition hat deshalb Anfang Juni ein Konjunkturprogramm im Volumen von 130 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Das Programm ist sehr komplex und kleinteilig, es wurden insgesamt 57 sehr unterschiedliche Maßnahmen beschlossen.

Ausgaben Konjunkturprogramm (in Mrd. Euro)



Quelle: Bundesregierung

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der größte Einzelposten sind immerhin 25 Milliarden Euro noch nicht ausgeschöpfte Mittel aus den vorherigen Programmen im Bereich 'Unternehmen und Branchen' (die in dem Ge-

samt volumen von 130 Milliarden Euro nicht mitgezählt sind). **Danach kommen 20 Milliarden Euro für die zeitweilige Senkung der Mehrwertsteuer und 11 Milliarden Euro für die Senkung der Stromkosten über die EEG-Umlage, beides im Bereich 'Verbraucher' angesiedelt.** Zehn Milliarden Euro sind für das Vorziehen von Investitionen eingeplant (Innovation und Digitalisierung) und neun Milliarden Euro für die nationale Wasserstoffstrategie (Einschließlich Aufbau internationaler Partnerschaften, Mobilität und Klima).

Das Programm stellt durchaus eine Balance zwischen schnell wirkenden Elementen und Ausgaben zur Zukunftssicherung dar. 80 Milliarden Euro werden im Programm den relativ schnell wirkenden Impulsen zuordnen. 50 Milliarden Euro gehören zum Zukunftspaket, mit dem eher längerfristig wirkende Investitionen angeregt bzw. gefördert werden. Diese Einschätzung wird auch von Monika Schnitzer (BranchenTalk 2020) geteilt. Insgesamt werden durchaus Zukunftstechnologien vorangebracht.

Die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer sieht vor allem den kurzfristigen konjunkturellen Impuls, die Mischung aus allgemeinen (USt. Senkung, Sozialbeiträge, EEG-Umlage) und zielgerichteten (Überbrückungshilfen, Verlustrücktrag) Maßnahmen und den weniger branchenspezifischen, sondern sektorübergreifenden Stimulus positiv. Aus der Sicht der IG Metall wäre eine stärkere Förderung der besonders von der Krise betroffenen Autoindustrie wünschenswert gewesen.

Weil das Paket so vielschichtig und kleinteilig ist, aber auch, weil die Wirkungen vieler Elemente wenig erforscht sind, lassen sich die ökonomischen Effekte schwer beurteilen. Vor allem die Auswirkungen der zeitweiligen Mehrwertsteuersenkung sind umstritten. Die wichtigste Frage ist, ob die Senkung an die Konsumenten weitergegeben wird. Viele Unternehmen haben das bereits angekündigt, einige senken die Preise mit zusätzlichen Rabatten noch stärker. Angesichts der immer noch schwachen Nachfrage ist damit zu rechnen, dass die Steuersenkung zum Großteil weitergegeben wird. Von diesen Preiseffekten würden überproportional die Bezieher unterer Einkommen profitieren, weil sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für mehrwertsteuerpflichtige Produkte ausgeben.

Die andere Frage ist, ob die Preisvorteile ausreichen, um zusätzlichen Konsum zu generieren. Unter Umständen kommt es vor allem zu Vorzieheffekten (um den zeitweiligen Steuervorteil zu nutzen, werden geplante Käufe zu einem früheren Zeitpunkt getätigt). Für den kurzfristigen konjunkturellen Effekt würde das vollkommen ausreichen. Im nächsten Jahr würde das Wachstum damit aber gebremst. Sebastian Dullien (Policy Brief 94/2020) kommt zu der, nach eigener Ansicht optimistischen Schätzung, dass der Steuerimpuls von 20 Milliarden Euro zu einem zusätzlichen BIP-Wachstum von 14 Milliarden Euro führen wird. Das ifo-Institut schätzt den Effekt deutlich pessimistischer auf 8,8 Milliarden Euro. **Die Wirksamkeit der Mehrwertsteuersenkung wäre damit erheblich geringer als beispielsweise bei öf-**



fentlichen Investitionen. Nach der ifo-Schätzung führt die zeitweilige Senkung der Mehrwertsteuer zu einem zusätzlichen Anstieg des BIP in diesem Jahr von 0,2 Prozentpunkten.

Das gesamte Konjunkturpaket führt nach den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute 2020 zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,8 (IfW) bis 1,2 Prozentpunkten (DIW). Vor allem der private Konsum kann mit den Maßnahmen gesteigert werden. Größere Effekte auf die Konjunktur werden auch dadurch verhindert, dass vermehrt Konsumgüter importiert werden. Positive Folgen auf die Entwicklung der Investitionen ergeben sich erst in den nächsten Jahren.

„Insgesamt lässt sich so abschätzen, dass das Konjunkturprogramm zu einem kumulierten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 140 Milliarden Euro bis 2025 führt. Insgesamt dürfte das Programm über den Gesamtzeitraum rund 700.000 neue Jobs schaffen ...“

DIW Wochenbericht 24/2020

Angesichts der Tatsache, dass die meisten Institute in diesem Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung zwischen sechs und sieben Prozent erwarten, bleibt der Beitrag des Konjunkturpakets auf die wirtschaftliche Erholung eher bescheiden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass positive Wechselwirkungen mit der expansiven Geldpolitik oder europäischen Maßnahmen zu höheren Effekten führen. Zudem sind die Wachstumseffekte bezogen auf das zweite Halbjahr 2020 natürlich größer als auf das gesamte Jahr gerechnet. Trotzdem wäre ein Konjunkturpaket 2 durchaus sinnvoll, um die Belebung der Wirtschaft zu beschleunigen. Dazu könnten auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gehören, um den durch die Krise beschleunigten Strukturwandel abzufedern.

Noch wichtiger ist allerdings, dass man in der dritten Phase der Krise, in der sich erholenden Konjunktur nicht in alte neoliberale Muster zurückfällt.

3. Lehren aus der Krise

„Diese Krise ist wie keine andere.“

*International Monetary Fund
World Economic Outlook
April 2020*

Die Pandemie ist nicht überwunden

In Europa ist die Pandemie auf dem Rückzug. Die Debatten drehen sich um die Entwicklung nach der Krise. Doch die Risiken bleiben: Weltweit ist die Pandemie nicht eingedämmt, die

Verbreitung nimmt stark zu. Im Juli infizieren sich nach Angabe der WHO jeden Tag über 200.000 neu, so viel wie noch nie zuvor. In manchen Ländern rollt eine zweite Infektionswelle.

In der Krise bewährt sich ein starker Staat

Die Politik hat aus den Erfahrungen der ‚Großen Depression‘ (1929 bis 1939) gelernt. Die Staaten versuchten damals über Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen sowie mit Protektionismus sich ‚aus der Krise herauszusparen‘, was die Situation nur verschlimmerte. Mit dem Umschwenken auf kreditfinanzierte zusätzliche Staatsausgaben, wie zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur sowie dem Aufbau eines sozialen Sicherungsnetzes in den USA (New Deal, Arbeitslosenversicherung) und einer umfassenden Regulierung der Finanzmärkte gelang der Ausweg aus der Krise. Realeinkommen und Beschäftigung konnten stabilisiert und Wachstum stimuliert werden. So war es auch in der **Finanzkrise 2008/09** möglich, relativ rasch mit massiven Konjunkturprogrammen wieder auf Wachstumskurs zu kommen. Zudem wurden die krisenauslösenden deregulierten Finanzmärkte durch zahlreiche Reformen wieder eingeeht. Und auch in der Corona-Krise, die vielleicht eines Tages als die ‚Große Ausgangssperre‘ in die Geschichtsbücher eingehen wird, versuchen die Staaten mit Ausgabenprogrammen aus der Krise herauszuwachsen.

Und dennoch: Diese Krise ist anders. Die Corona-Pandemie ist eine **Zäsur für Wirtschaft und Politik**. Sie wirft grundsätzliche Fragen danach auf, wie wir leben, wie wir arbeiten und wie wir wirtschaften. Hat die Politik die richtigen Antworten? Die rasche Ausbreitung des Virus und die Schwierigkeit sie einzudämmen ist nur auf den ersten Blick seiner spezifischen Eigenschaften geschuldet. Der hohe Grad an globaler Vernetzung durch den Tourismus, durch den Austausch zwischen den Standorten internationaler Konzerne und entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten wirken als Beschleuniger. Schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen sowie unterfinanzierte und deshalb unterentwickelte Gesundheitssysteme tun ihr Übriges. **Mit der Pandemie werden Mängel aufgedeckt, die auch Folge des seit Jahrzehnten betriebenen Rückzugs staatlicher Daseinsvorsorge sind.**

Die Lücken der sozialen Sicherungsnetze müssen geschlossen werden. Es fällt auf, dass vor allem die sozial Schwachen in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern von Infektionen sowie von den ökonomischen und sozialen Folgen betroffen sind. Die Wohn- und Lebensverhältnisse sind beengt, häufig ist die medizinische Versorgung und der Zugang zu sauberem Wasser nicht gegeben oder mangelhaft. Wo **soziale Absicherung** fehlt, müssen die Menschen ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand arbeiten, weil sie nur so für sich und ihre Familien sorgen können. **Kurzarbeitergeld, Kündigungsschutz, Arbeitslosengeld:** Einmal mehr zeigt sich, dass zur Absicherung in der Krise ein starker Sozialstaat wichtig ist. Massenentlassungen wie in den USA verschärfen die wirtschaftliche Lage. In Deutschland ist zu beobachten, dass vor allem Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit Zu-



wanderungshintergrund und Asylsuchende gefährdet sind (Huang 2020). Um die Beschäftigung zu stabilisieren, braucht es wirksame **Schutzschirme und Konjunkturprogramme**. Der Staat muss die finanziellen Mittel haben, beides in ausreichendem Umfang bereitzustellen. **Eine der wichtigsten Lehren aus der Corona-Pandemie lautet somit: In der Krise bewährt sich ein starker Staat. Wir müssen gute Gesundheits-, Arbeits- und Sozialsysteme schaffen.**

Zäsur für Globalisierung und internationale Arbeitsteilung

Die Corona-Krise ist eine Zäsur für die Globalisierung und die internationale Arbeitsteilung. Möglicherweise treten wir in eine Phase der Re-Nationalisierung der Liefer- und Wertschöpfungsketten ein. Kam es schon vorher im Zuge des Handelskonflikts zwischen den USA und China zu einem krisenhaften Rückgang des Handelsvolumens, so werden jetzt die globalen Produktionsnetze grundsätzlich in Frage gestellt. Dabei geht es **zum einen** um die **Verfügbarkeit von medizinischer Grundversorgung**, die phasenweise nicht gewährleistet war, und den Aufbau europäischer Kapazitäten empfehlenswert macht. Der vorübergehende Mangel an Medikamenten und Schutzausrüstungen in Deutschland, Frankreich und Italien zeigte, wie abhängig Europa mittlerweile von Lieferungen aus Asien ist. **Zum anderen:** Die straff auf Kostenreduktion ausgerichtete industrielle Just-In-Time-Fertigung zur Minimierung der Produktions- und Lagerhaltungskosten kam durch den Ausfall einzelner Teile (Single Sourcing), die in anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union gefertigt werden, ins Stottern. Da nicht davon auszugehen ist, dass die Corona-Pandemie die letzte ihrer Art gewesen sein wird, werden deutsche Hersteller die Lager aufstocken müssen sowie ihre **Lieferketten auf den Prüfstand** stellen und reorganisieren, um die Liefersicherheit zu gewährleisten, und dies trotz steigender Kosten und Preise. Nach einer Umfrage vom März dieses Jahres sind dazu ein Drittel der 145 befragten deutschen Konzerne bereit (EY 2020).

Auf der geopolitischen Bühne spitzen sich die Machtkämpfe zu. Waren schon die letzten Jahre geprägt von handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China, die das Welthandelsvolumen schrumpfen ließ und die globale Wachstumsdynamik verlangsamte, so heizt jetzt die Frage, ob eher Autokratien oder Demokratien westlicher Prägung besser in der Lage seien, Epidemien wirksam einzudämmen, den Konflikt weiter an. Schuldzuweisungen an China übertünchen die Unfähigkeit und die fehlende Bereitschaft der US-amerikanischen Führungsriege einen wirksamen Shutdown auf Kosten der Ökonomie durchzusetzen. **In einer Phase, in der es wie selten zuvor auf internationale Solidarität und Zusammenarbeit ankommt, stellen die USA die Vereinten Nationen immer mehr in Frage und treten aus der Weltgesundheitsorganisation aus.** In diesem Machtvakuum ergreift die chinesische Führung die Chance, um sich als aufstrebende neue globale Führungskraft mit Hilfslieferungen an die schwer von der Pandemie betroffenen Staaten zu empfehlen. **Die Herausforderung wird sein, die Vereinten Nationen dazu zu machen, was**

sie einst sein sollten: ein Garant für den Weltfrieden, die Einhaltung des Völkerrechts, den Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Europäische Solidarität ist gefordert

Das trifft auch auf die Europäische Union zu. Die Mitgliedsländer sind sehr unterschiedlich von den Folgen der Pandemie betroffen. Vor allem Italien, Spanien und Frankreich mussten durch weitreichende Maßnahmen der Ausbreitung entgegenwirken. Aufgrund der hochgradig vernetzten europäischen Wirtschaft dürfte jedem klar sein: **Die europäischen Staaten können nur gemeinsam die Krise überwinden.** China wird nicht mehr wie nach der Finanzkrise 2009 mit einer von staatlicher Seite massiv angeschobenen wirtschaftlichen Dynamik diese Rolle ausfüllen können und wollen. Auch deshalb nicht, weil die Leistungsfähigkeit der eigenen Ökonomie gestiegen ist und der Bedarf von chinesischen Anbietern gedeckt werden kann. Die derzeitige geopolitische Unordnung fordert ein starkes Europa, um nicht zwischen den sich neu formierenden Machtzentren zerrieben zu werden. **Die europäische Solidarität wird auf eine harte Probe gestellt.** Der „Next Generation EU-Fonds“ ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, aus der Europäischen Währungsunion auch eine Fiskalunion zu machen. Auch wenn das Volumen im Vergleich zu manchen nationalen Maßnahmen gering ist: **Es darf nicht allein der Europäischen Zentralbank überlassen bleiben, in Krisensituationen für den Fortbestand der Währungsunion zu garantieren.**

Öffentliche Investitionen für die Transformation

Deutschland leidet seit vielen Jahren an einem Defizit bei den öffentlichen Investitionen. Die Infrastruktur wird zukünftigen Generationen in einem schlechten Zustand hinterlassen. Im deutschen Konjunkturprogramm sind Mittel für Zukunftsinvestitionen vorgesehen. Die Ausweitung öffentlicher Investitionen, gerade auch für die Transformation, muss verstetigt werden. Dazu gehört auch die öffentliche Förderung für private Investitionen in die ökologische, aber auch digitale, Transformation.

Die Verknüpfung der europäischen und der nationalen Krisenprogramme ist für die ökologische Wende notwendig. Allerdings: Der Strukturwandel wird beschleunigt und bedarf einer arbeitsmarktpolitischen Flankierung, damit die Beschäftigten dabei nicht auf der Strecke bleiben! Dazu gehört in erster Linie die **Sicherung der Ausbildungsplätze und die verstärkte Förderung von Qualifikation und Weiterbildung.**

Um die Finanzierung der öffentlichen Investitionen dauerhaft zu ermöglichen, müssen die **Schuldenregeln reformiert** werden. Das gilt für alle Ebenen: die EU (Maastricht-Kriterien, Stabilitäts- und Wachstumspakt), multilaterale Verträge (Fiskalpakt) und Deutschland (Schuldenbremse). Ein mögliches Modell dafür ist der Vorschlag des IMK (IMK, 2020a). Bei nicht-investiven Ausgaben würde dann **statt einer Schuldenregel ein Ausgabenpfad** stehen. Damit würde eine prozyklische Ausrichtung der Fiskalpolitik verhindert. Eine Ausgabenregel



stärkt stattdessen die automatischen Stabilisatoren: In der Krise wird bei verstetigten Ausgaben (unabhängig von der Haushaltslage) stimuliert und im Boom wird gebremst.

Für investive Ausgaben sieht der Vorschlag die Einführung der ‚**Goldenen Regel**‘ vor. Danach werden öffentliche Investitionen über die Kreditaufnahme finanziert. Das ermöglicht eine intakte und leistungsfähige Infrastruktur, von der auch zukünftige Generationen profitieren. Die IG Metall hat sich schon immer gegen starre Schuldenregeln ausgesprochen. Die aktuell erstmalige Inanspruchnahme der Notfallregel zur Bekämpfung einer schweren Krise muss zur **dauerhaften Korrektur der Fiskalpolitik** führen.

Der Verteilungskonflikt spitzt sich zu

Es stellt sich die Frage, wer die Krisenlasten zu tragen hat. Sie dürfen nicht bei den Beschäftigten und den sozial schwachen abgeladen werden. Schon vor der Krise war **vor allem das Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt**. „Die oberen zehn Prozent besitzen demnach gut zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens, ... Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 Prozent des Vermögens auf sich“ (DIW 2020b).

Sinkende Steuereinnahmen und die Kosten der Krisenbekämpfung wurden durch **Kredite** gegenfinanziert. Nach der Prognose des DIW steigt infolge der Krise die Staatsverschuldung bis 2021 auf 77 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2019 betrug sie noch 60 Prozent. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise war sie 2012 auf 81 Prozent angestiegen. **Vor allem durch die niedrigen Zinsen stellen die öffentlichen Kredite keine untragbare Belastung für die deutsche Ökonomie dar**. 2012 absorbierten die Zinsausgaben noch 10,1 Prozent der Steuereinnahmen, 2021 werden es gerade einmal 2,6 Prozent sein. **Trotzdem ertönt schon vereinzelt der Ruf, nach der Krise die öffentlichen Ausgaben kräftig zurückzufahren und die Steuern sogar noch zu senken. Die Konsequenz wären Kürzungen bei Zukunftsinvestitionen, Bildung und den sozialen Sicherungssystemen.**

Ein leistungsfähiger Staat braucht eine solide Finanzierung. Die Ausrichtung der Steuerpolitik muss für höhere Staateinnahmen und eine **gerechtere Verteilung der Steuerlast** geändert werden. Die Gewerkschaften hatten schon vor der letzten Bundestagswahl ein entsprechendes Steuerkonzept vorgelegt. Die Forderung nach der **Wiedererhebung der Vermögensteuer** ist ein wichtiger Baustein dafür. Die Widerstände sind enorm.

Die Verteilungsfrage stellt sich aber nicht nur über die Staatsausgaben und Steuerpolitik, sondern auch direkt zwischen Kapital und Arbeit: Gesamtmetall hat mit seinen Forderungen die Linie vorgegeben (Gesamtmetall 2020). Für sie führt der Weg aus der Krise und zu mehr Unternehmensinvestitionen über ein ‚Belastungsmoratorium‘. Die Liste der Maßnahmen dazu ist lang: Flexibilisierung der Arbeitszeit, Abschaffung abschlagsfreier früherer Renteneinstieg, keine Parität bei der Krankenversicherung, Erleichterung bei Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen, Aufweichung Arbeits- und Gesundheitsschutz Zwar wurden viele dieser Forderungen schon vor

der Corona-Krise, in der letzten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie präsentiert, aber jetzt werden sie mit mehr Nachdruck erneut aufgetischt. Es stehen harte Konflikte bevor. **In der Politik gibt es durchaus auch Sympathien für diesen alten, neoliberalen Weg, wonach Deregulierung und Lohnzurückhaltung zum wirtschaftlichen Aufschwung führen sollen.**

Die Lehren aus der Krise sind aber andere: Nur ein leistungsfähiger Staat und gute Arbeit in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen kann eine solche Krise gut bewältigen. Das gilt umso mehr in turbulenten geopolitischen Phasen, die den Handel belasten. **Für eine stabile Entwicklung, das haben die Erfahrungen der letzten Jahre deutlich gezeigt, brauchen wir eine starke Binnenkonjunktur.**

Literatur

Anderson, J.; Bergamini, E.; Brekelmans, S.; Cameron, A.; Darvas, Z.; Jiménez, M. D.; Midoes, C. (2020): Dataset, The fiscal response to the economic fallout for the coronavirus, Breugel Datasets, last update: 1st July 2020

Bundesagentur für Arbeit (2020): Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt kompakt Juni 2020

Bundesbank (2020): Monatsbericht April 2020

Bundesfinanzministerium (2020): Corona-Schutzschild – Europäische Antwort auf Corona, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-27-eurogruppe-rat.html>, download: 4. Juli 2020

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (2020): Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 5. Mai 2020, http://www.bverfg.de/e/rs20200505_2bvr085915.html, download: 3. Juli 2020

Deutsche Bank (2020): Corona bedroht klassische Tourismusziele (dbresearch.com, download: 8. Juli 2020)

DIW (2020a): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2020, Wochenbericht 24/2020

DIW (2020b): MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen - Konzentration höher als bisher gedacht, Wochenbericht 29/2020

Dullien, Sebastian (2020): Konjunkturpaket 2020: Temporäre Mehrwertsteuersenkung mit beschränkter Wirkung, IMK Policy Brief 94/2020

Ernst and Young (EY) (2020): EY Capital Confidence Barometer – Im Fokus: Auswirkungen der Covid-19 Pandemie, April 2020



Europäischer Rat (2020): Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates, 17.-21. Juli 2020, Schlussfolgerungen, EUCO 10/20, CO EUR 8, CONCL 4

European Central Bank (ECB) (2020a): ECB announces €750 billion Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP), Press Release, 18th March 2020

European Central Bank (ECB) (2020b): Monetary policy decisions, Press Release 4th June 2020

European Commission (2020): The pillars of Next Generation EU, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe/pillars-next-generation-eu_en, download: 8. Juli 2020

Federal Reserve (2020): Monetary Policy Report – June 2020

Gesamtmetall (2020): Vorschläge für die 2. und 3. Phase der Corona-Krise, Berlin 2020

Heinemann, F. (2020): „Next Generation EU“ und das drohende Risiko einer verpassten europäischen Chance, ZEW-Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und Universität Heidelberg, Expertise im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 6. Juli 2020

Huang, S. (2020): Wie Corona soziale Ungleichheiten aufdeckt und verschärft, DIW Wochenbericht Nr. 29/2020

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2020a): Vorschläge zur Reform der europäischen Fiskalregeln und Economic Governance, IMK Report 159, Juni 2020

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2020b): Wirtschaftspolitische Reaktion mildert Corona-Einbruch: Verhaltene Erholung in Sicht, IMK Report 160, Juni 2020

Institut für Weltwirtschaft (IfW) (2020): Deutsche Konjunktur im Sommer 2020, Kieler Konjunkturberichte, Juni 2020

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IfH) (2020): Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein, Konjunktur aktuell 2/2020

ifo-Institut (2020): Zahl der Kurzarbeiter sinkt auf 6,7 Millionen, Pressemitteilung vom 30.06.2020

ifo-Institut (2020): ifo-Konjunkturprognose Sommer 2020; Deutsche Wirtschaft - es geht wieder aufwärts, ifo Schnelldienst Sonderausgabe Juli 2020

International Monetary Fund (IMF) (2020a): World Economic Outlook Update – A Crisis Like No Other, An Uncertain Recovery, June 2020

International Monetary Fund (IMF) (2020b): IMF-and-covid19, Policy Responses to COVID-19, July 9, 2020, download: 13.07.2020

Kärnfeld, M.; Zenglein, M. J. (2020a): China's economy in the Corona Crisis: A historic fall, Merics Economic Indicators – Quarterly analysis of economic trends in China, Q1/2020, Mercator Institute for China Studies

Kärnfeld, M.; Zenglein, M. J. (2020b): MERICS Economic Indicators – Stimulus measures drive China's economic rebound, Quarterly Analysis of Economic Trends in China, Q2/2020, Mercator Institute for China Studies

OECD (2020a): OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2020/1, Juni 2020

OECD (2020b): OECD Employment Outlook, Worker Security and the Covid-19 Crisis

RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2020): Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2020, RWI Konjunkturberichte 2/2020

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2020): Konjunkturprognosen 2020 und 2021, Juni 2020

Schnitzer, M. (Mitglied des SVR) (2020): Präsentation anlässlich des IG Metall BranchenTalks am 24. Juni 2020

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020): Pressemitteilung Nr. 249, 3. Juli 2020

World Bank (2020): Global Economic Prospects – Pandemic, Recession: The Global Economy in Crisis, June 2020



Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

Ausgabe Nr. 2 | Juli 2020

Herausgeber:

Jürgen Kerner
Hauptkassierer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied
IG Metall Vorstand
D-60519 Frankfurt am Main

Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt

Grafiken:

Wilfried Kurtzke, Sandra Naumann, Sarah Schäfer und
Beate Scheidt

Bezugsmöglichkeiten

IG Metall Vorstand

VB 03 Hauptkassierer
Ressort Koordination Branchenpolitik

Sarah Schäfer

D – 60519 Frankfurt am Main
Telefon: +4966932668

Fax: +696693802091
Web: www.igmetall.de/download

Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte E-Mail an: sarah.schaefer@igmetall.de